



Europäische
Kommission

[HERBST 2012 ▶ Nr. 43]

panorama

inforegio

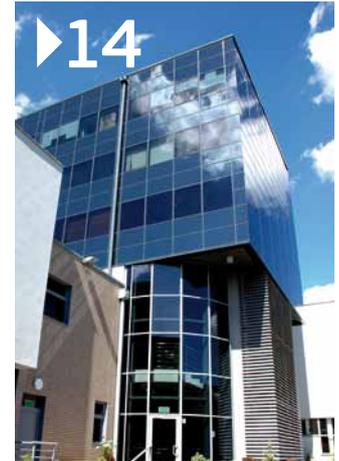
▶ In die Regionen investieren

Unterstützung der
Regionalpolitik durch
Finanzinstrumente

- ▶ Interview mit Jacques Delors
- ▶ Neuausrichtung der Fonds zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise
- ▶ Open Days – Making a difference

Regional-
politik

| | |
|--|--------------|
| ▶ EDITORIAL | 3 |
| Kommissar Johannes Hahn | |
| ▶ INTERVIEW | 4-7 |
| Jacques Delors – Gedanken zur Kohäsionspolitik | |
| ▶ SCHWERPUNKT | 8-13 |
| NUTZUNG VON FINANZINSTRUMENTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER REGIONALPOLITIK | |
| ▶ MIT EIGENEN WORTEN | 14-19 |
| Nationale und regionale Sichtweisen auf die Kohäsionspolitik | |
| ▶ ZYPRISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT – PRIORITÄTEN IN DER KOHÄSIONSPOLITIK | 20-21 |
| ▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT 2014-2020 | 22-23 |
| ▶ EUROPÄISCHE REGIONEN UND STÄDTE: MAKING A DIFFERENCE | 24-25 |
| ▶ NEUAUSRICHTUNG DER STRUKTURFONDS ZUR BEKÄMPFUNG DER WIRTSCHAFTSKRISE | 26-27 |
| ▶ EU-STRATEGIE FÜR DIE DONAU-REGION: SEIT EINEM JAHR IN KRAFT | 28-29 |
| ▶ PROJEKTBEISPIELE | 30-33 |
| Projektbeispiele aus Polen, der Tschechischen Republik und Italien, und Beispiel eines Projekts der Europäischen territorialen Zusammenarbeit des Programms für die nördlichen Randgebiete | |
| ▶ KARTEN | 34-35 |
| ▶ Arbeitslosenquote 2011 ▶ Veränderungen der Arbeitslosenquote 2007-2011 | |
| ▶ ANSATZ DER LOKALEN ENTWICKLUNG FÜR BESSEREN TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT | 36-37 |
| ▶ DIE REGIOSTARS WEITER IM AUFWIND DER GEWINNER ECO WORLD STYRIA | 38 |
| ▶ REGIOSTARS 2013: FINALISTEN BEKANNTGEGEBEN | 39 |
| ▶ TERMINE | 40 |



Fotos (Seiten):
Titelseite: © Europäische Kommission
Seite 8, 9, 25, 27, 28, 29, 39: © Europäische Kommission
Seite 3, 4, 6: © Notre Europe
Seite 10: © North-East Finance – KredEx – Duda Bresego, Neem
Seite 12: © Wielkopolskie Centrum Wspierania Inwestycji Sp. z o.o. – HOSSA S.A.
Seite 15: © Polnisches Ministerium für Regionalentwicklung
Seite 16: © Sky-Watch
Seite 17: © Negundo Innovation Center
Seite 18: © Danziger Wissenschafts- und Technologiepark
Seite 19: © La Cub – Didier Doustin – Anthony Rojo
Seite 21, 36, 37: © Shutterstock
Seite 22: © GRaBS
Seite 23: © Haparanda/Tornio
Seite 25: © Regierung von Katalonien
Seite 30: © PGNIG S.A.
Seite 31: © Ministerium für Regionalentwicklung, Tschechische Republik
Seite 32: © Mitchell O’Gorman
Seite 33: © METALPROGETTI spa

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 21 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinungen der Europäischen Kommission wieder.

▶ EDITORIAL



Finanzinstrumente stellen eine innovative Möglichkeit dar, die Effektivität und Wirksamkeit der EU-Regionalpolitik zu verbessern. Diese Unterstützungsmechanismen, die von Finanzierungsinstrumenten bis hin zu Fazilitäten für technische Unterstützung reichen, können helfen, weitere Finanzmittel anzuziehen und zusätzliches Fachwissen und Know-how einzubringen.

Diese innovativen Finanzinstrumente, die im Programmzeitraum 2007-2013 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank entwickelt und verfeinert wurden, sind nun ein wesentliches Element des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (2014-2020). Mit diesen Finanzinstrumenten soll erreicht werden, dass zusätzliche Investitionsmittel für die Umsetzung der Ziele von Europa 2020 zur Verfügung stehen, d. h. für gezielte Investitionen in Nachhaltigkeit, neue Technologien, Kompetenz- und Innovationsförderung. Das sind genau die Bereiche, die gefördert werden müssen, um Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen.

10. Open Days

Diesen Oktober werden zum zehnten Mal die Open Days (Europäische Woche der Regionen und Städte) veranstaltet. Dieses einwöchige Treffen ist zur jährlichen Hauptveranstaltung für regionale und lokale Behörden geworden. Es bietet ihnen Gelegenheit, sich in Brüssel mit regionalen, nationalen und europäischen Entscheidungsträgern zu treffen und die Projekte und Maßnahmen in ihren Regionen sowie deren Beitrag zur Kohäsionspolitik der EU vorzustellen.

Das Thema der diesjährigen Open Days, die in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen veranstaltet werden, lautet „Europe's regions and cities: Making a difference“. Die Veranstaltung wird Gelegenheit bieten, die Diskussion über die Zukunft Europas, seine Kohäsionspolitik und seine Mehrebenen-Governance zu entfachen.

Von Delors inspiriert

In diesem Zusammenhang haben wir die Ehre, mit dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors über die Fortschritte in der europäischen Kohäsionspolitik zu sprechen. Die heutige Kohäsionspolitik ist stark vom ehemaligen Kommissionspräsidenten inspiriert, der erkannte, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Entwicklung der regionalen Wirtschaften in Europa ins Gleichgewicht zu bringen. Ungeachtet der Sachzwänge der Wirtschaftskrise haben die Argumente für eine Regionalpolitik, die auf Solidarität, Zusammenhalt und intelligenten und gezielten Investitionen beruht, Gültigkeit wie eh und je.

Johannes Hahn

Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Regionalpolitik

► JACQUES DELORS – GEDANKEN ZUR KOHÄSIONSPOLITIK



„Es ist wichtig, zwischen der europäischen Solidarität angesichts der Wirtschaftskrise und der übergeordneten Solidarität Europas zu unterscheiden.“

In einem Interview mit *Panorama* hat Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission von 1985 bis 1995, die nach wie vor große Bedeutung der Kohäsionspolitik für die künftige Entwicklung der Regionen Europas betont und eine vollkommen neue Berechnung des wirtschaftlichen Wohlergehens gefordert, die alle Nutzeffekte der Regionalentwicklung berücksichtigt.

Wirtschaftskrise

Auch wenn die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Schaffung von Arbeitsplätzen nach wie vor von wesentlicher Bedeutung seien, dürfe man Kohäsionspolitik nicht mit Wettbewerbspolitik verwechseln, betont der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors.

„Es ist wichtig, zwischen der europäischen Solidarität angesichts der Wirtschaftskrise und der übergeordneten Solidarität Europas zu unterscheiden. Das sind zwei Paar Stiefel. Wenn es irgendwo brennt, brauchen wir natürlich die Feuerwehr, aber gleichzeitig brauchen wir auch die Architekten, die langfristig arbeiten. Meiner Meinung nach sollte sich die Strukturpolitik durch die Notwendigkeit, auf die Krise zu reagieren, nicht ablenken lassen. Sie hat ihre eigene Logik, die nötigenfalls entsprechend den sich ändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden kann.“

Delors, der in seinem Büro in der Ideenschmiede Notre Europe in Paris mit *Panorama* spricht, widerspricht der Ausfassung, dass die EU-Regionalpolitik nichts anderes als eine Umverteilungspolitik sei. „Für mich ist die Regionalpolitik vor allem ein Entwicklungsinstrument, das als zusätzlichen Wert einen Umverteilungseffekt hat.“

Der ehemalige Kommissionspräsident betont die große Bedeutung eines Bottom-up-Ansatzes für die EU-Politik. „Im heutigen Europa der 27 Staaten dürfen wir diesen Bottom-up-Aspekt nicht vernachlässigen, in dem auch einer der philosophischen Punkte des europäischen Aufbauwerks zum Ausdruck kommt – die Subsidiarität.“

„Gewisse Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Regionen waren immer die Realität, mit der wir konfrontiert waren. Die Kohäsionspolitik sollte es den

unterentwickelten Regionen ermöglichen, im Wettbewerb zu bestehen und gleichzeitig etwas zu Europa beizutragen. Alle Vorschläge, die wir entwickelt haben, entsprachen meinen drei übergeordneten ‚Grundsätzen, Wettbewerb, Zusammenarbeit und Solidarität‘. Man kann nicht einen dieser Grundsätze über Bord werfen und erfolgreich Europa aufbauen.“

Messung der Wirtschaftsentwicklung

Wie aber sollen wir die Wirtschaftsentwicklung messen, fragt Delors. „Im Vergleich zur Situation vor 10 Jahren stellen wir fest, dass wir heute statt 30 Minuten 45 Minuten brauchen, um zur Arbeitsstätte zu kommen. Verkehrsbehinderungen nehmen zu, ebenso wie das BSP, weil wir mehr Autos und Benzin verbrauchen. Ich komme zu dem Schluss, dass den Menschen eine halbe Stunde bis eine Stunde Freizeit verloren gegangen ist und sie dafür nichts gewonnen haben.“

Eine Kernfrage für den ehemaligen Ökonomen ist, wie diese Faktoren gemessen werden. „Unser heutiger Berechnungsmaßstab ist das BSP, aber das berücksichtigt nicht wirklich das Wohlergehen. Wir müssen, insbesondere im regionalen Kontext, die Leistung auf neue Art messen. Wenn wir ein solches System für die Leistungsmessung haben, werden wir erkennen, dass es in den Regionen viel neuen Reichtum gibt.“

Tatsächlich hat Delors 1971 ein Buch zu diesem Thema verfasst („Les Indicateurs Sociaux“). Dieses Thema ist bei den Ökonomen gegenwärtig stark in der Diskussion. „Wir können nicht zu einem neuen Entwicklungsmodell übergehen und gleichzeitig die für das klassische Wachstum geltenden herkömmlichen Berechnungsmethoden beibehalten.“

Ohne eine Änderung unserer Berechnungsmethode können wir nicht zu einem Modell übergehen, das unsere Freizeit, die Natur und die Ressourcen berücksichtigt. Wir müssen die Methode, mit der wir die wirtschaftliche Leistung messen, vollständig überdenken. Wenn wir dann aber tatsächlich zu einer anderen Berechnungsmethode übergehen, wird die Regionalpolitik sehr viel sinnvoller erscheinen.“

Anfänge der Kohäsionspolitik

„Bevor ich 1985 zur Europäischen Kommission kam, gab es den Sozialfonds, den Regionalfonds und den Landwirtschaftsfonds“, erklärt Delors. „Es gab sie bereits. Bei den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal gab es unter den südlichen Mitgliedern der ‚Zehn‘ Bedenken hinsichtlich des unterschiedlichen Entwicklungsstands. Um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, haben wir das Integrierte Mittelmeerprogramm (IMP) vorgeschlagen. Das war das erste Beispiel für koordinierte regionale Zusammenarbeit zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Mittelmeerregion.“

„Der Erfolg des IMP führte zu der Idee des koordinierten Vorgehens oder der ‚Synthese‘, und ich schlug diesen Gedanken des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts vor, der durch die Einführung der Kohäsionspolitik Realität wurde. Es war klar, dass der Binnenmarkt ohne eine wirtschaftliche und soziale Kohäsionspolitik nicht vorankommen konnte. Die wurde zu einem der Grundbausteine der Einheitlichen Akte, wodurch, wie ich meine, Europa neues Leben eingehaucht wurde.“ ▶▶



PROFIL: JACQUES DELORS

Jacques Delors war von 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission und hat diese Funktion als Erster über drei Amtszeiten hinweg ausgeübt.

Als gelernter Ökonom war er von 1979 bis 1981 im Europäischen Parlament und wurde Vorsitzender des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung.

Unter Präsident François Mitterrand war Delors in Frankreich von 1981 bis 1983 Wirtschafts- und Finanzminister und von 1983 bis 1984 Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltsminister.

Während seiner Kommissionspräsidentschaft legte er das Fundament für die Einführung des Binnenmarkts, der im Januar 1993 in Kraft trat. Im Rahmen dieses politischen Programms förderte er die Entwicklung einer Kohäsionspolitik für die Regionen Europas.

1996 gründete Delors die in Paris ansässige Ideenschmiede Notre Europe und bleibt einer ihrer Präsidenten.

2010 unterstützte Delors die neue Initiative „Spinelli Group“, die gegründet wurde, um die Bestrebungen nach Föderalisierung der Europäischen Union (EU) neu zu beleben.



Bürgernähe

Delors ist davon überzeugt, dass die Kohäsionspolitik eine Möglichkeit darstellt, das europäische Projekt den europäischen Bürgern näher zu bringen und das Demokratiedefizit zu beseitigen.

Er verweist auf die Tausende von Projekten, die im Rahmen der Kohäsionspolitik finanziert werden und ein sichtbarer Beweis für die Bürger an der Basis sind, dass die EU etwas für sie tut.

Partnerschaft mit den Regionen

Er tritt nach wie vor leidenschaftlich für das Initiativrecht der Kommission und ihre entscheidende Rolle im Umgang mit den Regionen ein.

„Was ich am Anfang wollte, war eine echte Partnerschaft zwischen den Regionen und der Kommission. Das bedeutet nicht ein Europa der Regionen, das gegen das Europa der Nationalstaaten arbeitet“, erklärt er. „Es ist vielmehr eine Partnerschaft zwischen der Kommission und den Regionen, durch die die Kommission in die Lage versetzt wird, ein breites Instrumentarium zur Förderung der Regionalentwicklung aufzubauen und gleichzeitig bewährte Praktiken zu verbreiten.“

„Was ich am Anfang wollte, war eine echte Partnerschaft zwischen den Regionen und der Kommission.“

„Was wir erlebt haben“, sagt er, „ist leider eine Entwicklung in Richtung einer exzessiven Zentralisierung, bei der die Mitgliedstaaten für die Regionen sprechen. Das ist nicht die Kohäsionspolitik, die ich mir vorgestellt hatte. Die Kommission müsste durch ihre Programme und ihre Erfahrung vor Ort ein gutes Gefühl dafür haben, wie man Entwicklung erreicht. Die Kommission sei die einzige Institution, die jeden Tag über Europa nachdenke, betont er.“

Nach Delors Auffassung ist die Zentralisierung, die in allen Ländern stattgefunden hat, ein Rückschlag für das Europa der Regionen. „Was wir wollten, war eine Partnerschaft, bei der jeder von jedem lernt“, betont er. »»

▶ NOTRE EUROPE – EINE IDEE VON DELORS



Notre Europe ist eine in Paris ansässige, von Jacques Delors gegründete Ideenschmiede. Ihre Arbeit und ihre politischen Empfehlungen sind von seinem Denken inspiriert.

Kürzlich hat sie einen Bericht von Marjorie Jouen zur zukünftigen Kohäsionspolitik veröffentlicht: The „Cohesion Pact“: Weathering the Crisis (in englischer und französischer Sprache erhältlich).

In dem Bericht werden folgende Thesen vertreten

Wir müssen die Voraussetzungen für einen Übergang zu einem intelligenten, umweltfreundlichen und integrativen Entwicklungsmodell im Sinne der Strategie Europa 2020 schaffen und die Kohäsionspolitik als Instrument des sozialen

Fortschritts und Wohlergehens verstehen. Dies kann neue Kriterien für die Förderfähigkeit notwendig machen.

Wir müssen das durch EU-Mittel Erreichte den Bürgern greifbar machen und stärker auf „von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung“ setzen, um die demokratische Verbindung zwischen europäischen Bürgern und der Union wiederherzustellen.

Die künftige Kohäsionspolitik wird außerdem glaubhafter sein, wenn die Verfahren vereinfacht werden. Hierzu müsste unbedingt sichergestellt werden, dass kleine, lokale Projektinitiatoren Zugang zu den EU-Mitteln haben.

▶MEHR DAZU

<http://notre-europe.eu/>

<http://www.notre-europe.eu/en/axes/>

[competition-cooperation-solidarity/works/publication/the-cohesion-pact-weathering-the-crisis/](http://www.notre-europe.eu/en/axes/competition-cooperation-solidarity/works/publication/the-cohesion-pact-weathering-the-crisis/)



Beschäftigung und Bildung

Delors interessiert sich schon lange für Bildung. 1971 initiierte er Frankreichs Gesetz zur beruflichen Weiterbildung („formation professionnelle continue“ – FPC), durch das die Unternehmen verpflichtet wurden, einen Teil ihrer Gewinne für Weiterbildungsmöglichkeiten ihrer Mitarbeiter zurückzulegen. Außerdem war er von 1993 bis 1996 Vorsitzender einer UNESCO-Kommission für Bildung im 21. Jahrhundert, deren Abschlussbericht unter dem Titel „Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum“ veröffentlicht wurde.

Eine seiner größten Leistungen war die Einführung des ERASMUS-Mobilitätsprogramms für Studierende. „Ich bin persönlich sehr zufrieden, die Auflegung des ERASMUS-Programms durchgezogen zu haben. Es zeigt einmal mehr, wie wichtig das Initiativrecht der Kommission ist. Ohne das wäre das ERASMUS-Programm niemals zustande gekommen. Dieses Initiativrecht der Kommission muss erhalten bleiben“, betont er.

„Es genügt aber nicht, dass Regierungen nur über Bildung reden. Sie müssen auch Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Ausbildung von besserer Qualität schaffen kann. Beides gehört zusammen. Die Vorstellung, dass man nur gut ausgebildet sein muss, um Arbeit zu finden, ist falsch.“

Jugendarbeitslosigkeit – ein vergessenes Thema

Delors meint, dass die Interessen der europäischen Jugend in den letzten 20 Jahren vernachlässigt worden seien. „Im meinem Weißbuch aus dem Jahr 1993 über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, schrieb ich, dass wir, die Generation der Erwachsenen, dazu neigen würden, unsere Probleme unter uns zu lösen, ohne die junge Generation zu berücksichtigen. Durch die Anhäufung von Schulden, das Nichtlösen von Wohlfahrtsproblemen und das Ignorieren der Schwächen unseres Bildungssystems haben wir unserer Jugend eine schwere Last aufgebürdet – eine ungerechte Last. Heute zahlt die Jugend dafür.“

Die städtische und ländliche Umgebung

Delors unterschätzt die wirtschaftliche Bedeutung von KMU keineswegs. Dennoch beeilt er sich, darauf hinzuweisen, dass dies nur ein Wirtschaftsfaktor unter vielen sei. „Nur weil wir an einem bestimmten Punkt des Konjunkturzyklus sind, sollten wir uns nicht auf einen Faktor konzentrieren und die übrigen außer Acht lassen. Unsere Politik sollte sich auch Gedanken machen über Landwirtschaft, die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, den Wald – über den wir nicht viel reden –, das territoriale Gleichgewicht und die Kreativkapazitäten im Industrie- und Dienstleistungssektor. Die Politik

„ Wir sollten eine Europäische Union der Vielfalt aufbauen, bei der ein Höchstmaß an Initiative von der Basis kommt.“

muss so gestaltet sein, dass sie in jedem Bereich ein Höchstmaß an Initiative gestattet, um hervorzutreten und Erfolg zu haben.“

Der ehemalige Kommissionspräsident beeilt sich zu betonen, dass Europa unser aller Erbe sei und auch die Regionalpolitik uns alle angehe. „Die europäische Gesellschaft stellt nicht nur ein Gleichgewicht zwischen Gesellschaft und Individuum dar, sondern auch ein Gleichgewicht zwischen städtischer Bewegtheit und dem Leben und der Natur im ländlichen Raum. Das ist unser Erbe“, sagt er.

„Es gibt ein wichtiges Phänomen in der Gesellschaft, über das wenig gesprochen wird: den ländlichen Charakter“, erklärt er. „Wir haben Länder, in denen 80 Prozent des ländlichen Raums städtischen Charakter haben. Der ländliche Charakter ist also ein wesentliches Element und muss geschützt werden und sich entwickeln können. Hier sind die Ungleichheiten oft am ausgeprägtesten. Und die Menschen, die dort leben, können sich am besten um das Naturerbe kümmern.“

Entwicklung von der Basis aus

Auch wenn Gremien wie der Ausschuss der Regionen nützliche Einrichtungen seien, könnten sie nicht ersetzen, was dringend vonnöten sei, nämlich die Entwicklung von der Basis aus, erklärt Delors. „Parallel zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung müssen die Wirtschaftsakteure auf der lokalen Ebene in der Lage sein, aktiv zu werden. Ich nehme in Frankreich beispielsweise an Zusammenkünften teil, in denen diese lokale Aktivierung diskutiert wird. Wir haben zum Beispiel die Organisation ‚Sol et Civilisation‘, die von französischen Landwirten gegründet wurde, um sich mit den Erfahrungen anderer europäischer Länder auseinanderzusetzen und dieses Wissen vor Ort zu verbreiten.“

„Ich bin der Meinung, dass durch die Sozialwirtschaft jeder Bürger in der Lage sein sollte, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, bei gleichzeitiger Achtung der Vielfalt und der Identität Europas. Wir sollten eine Europäische Union der Vielfalt aufbauen, bei der ein Höchstmaß an Initiative von der Basis kommt.“



► UNTERSTÜTZUNG DER REGIONALPOLITIK DURCH FINANZINSTRUMENTE

Ein Hauptziel des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens („Ein Haushalt für ‚Europe 2020‘“) ist der Einsatz zusätzlicher Investitionsmittel für die Umsetzung europäischer Politikziele durch stärkere Nutzung innovativer Finanzinstrumente. *Panorama* befasst sich mit dem Mehrwert von Finanzinstrumenten für die Regionalpolitik und damit, wie die Kommission diese Instrumente in ihre Vorschläge für die Zeit nach 2013 einbezieht.

Unter den richtigen Umständen und richtig eingesetzt, können Finanzinstrumente entscheidend zur wirksamen und effektiven Umsetzung der Regionalpolitik beitragen, was im gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Kontext eine eindeutige Priorität darstellt.

Finanzinstrumente sind eine alternative Möglichkeit, um durch Einsatz wirtschaftlicher Methoden und Akteure sowie durch Förderung der Beteiligung von Privatkapital Mittel des öffentlichen Sektors für die effizientere Realisierung politischer Ziele freizusetzen. Finanzinstrumente gibt es in den unterschiedlichsten Formen (z. B. Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungskapital, Risikokapital und Mikrofinanzierung). All diese Instrumente haben gemeinsam, dass sie revolving sind. Das bedeutet, dass die ursprünglichen Mittel mehrmals eingesetzt werden können (z. B. über mehrere sich erneuernde Zyklen hinweg).



Finanzinstrumente können durch ihre Fähigkeit, zusätzliche Mittel anzuziehen und das zusätzliche Fachwissen und Know-how verschiedener Partner einschließlich der Europäischen-Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe) und des privaten Sektors zu bündeln, einen weiteren Mehrwert bringen. Die Bereitstellung rückzahlbarer Hilfen kann außerdem eine bessere Leistung seitens der Leistungsempfänger fördern (z. B. bessere Projektqualität und größere Finanzdisziplin).

Eine Wirkungsevaluierung von EFRD-finanzierten zinsvergünstigten Darlehen in Norditalien ergab, dass bei kleinen zinsvergünstigten Darlehen jeder Euro des Darlehens 4,50 EUR an privaten Investitionen nach sich zog. Dagegen ergaben Kapitalbeihilfen an eine Kontrollgruppe vergleichbarer Unternehmen keine nennenswerte Hebelwirkung.



Außerdem betragen die Kosten pro Arbeitsplatz bei zinsvergünstigten Darlehen lediglich 30 000 EUR, aber 64 000 EUR bei Beihilfen.

Finanzinstrumente: bisherige Erfahrungen

Finanzinstrumente stehen im Rahmen der Regionalpolitik in begrenztem Umfang schon seit 1994-1999 zur Verfügung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Im Zeitraum 2007-2013 wurde der Einsatz von Finanzinstrumenten weiter ausgedehnt, und ihr Anwendungsbereich erweiterte sich von der Förderung von KMU auf die Bereiche nachhaltige Stadtentwicklung und Energieeffizienz.

Die neuesten verfügbaren Daten zeigen, dass bis Ende 2011 ca. 5% der EFRD-Zuweisungen des Programmplanungszeitraums 2007-2013 für Finanzinstrumente bereitgestellt worden sind (insgesamt fast 500 Fonds). Etwa 25 Mitgliedstaaten und ein grenzüberschreitendes Programm unterhalten zwei oder mehr Fonds für Unternehmen, während mindestens sieben Mitgliedstaaten Fonds für Stadtentwicklung unterhalten und fünf Mitgliedstaaten Fonds eingerichtet haben, die ausschließlich für erneuerbare

Energien und Maßnahmen zur Energieeffizienz bestimmt sind. Es erfolgten über 20 000 Investitionen in Unternehmen.

Sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene wurden Fonds eingerichtet. Manche sind Einzelfonds, während andere Holding-Fonds sind. Die meisten Finanzinstrumente sind Darlehensfonds. Auf den nächsten Plätzen folgen hinsichtlich ihrer Anzahl und der zugewiesenen Mittel Beteiligungsfonds und Garantiefonds. Diese Fonds sorgen für einen Multiplikatoreffekt: Es kommen weitere Mittel aus nationalen oder regionalen Haushalten, von Banken oder von anderen Anlegern hinzu. Aktuelle Daten zeigen, dass jeder Euro an öffentlichen Mitteln eine Hebelwirkung von ein bis zwei Euro bei Darlehen, ein bis drei Euro bei Kapitalinvestitionen und ein bis acht Euro bei besicherten Darlehen hatte.

Förderung des Einsatzes von Finanzinstrumenten 2007-2013

Um den Einsatz von Finanzinstrumenten zu fördern, die KMU und Kleinunternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern und Investitionen im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung ermöglichen, hat die Kommission zusammen mit der





Beginn:
2010
Fondsvolumen:
155 Millionen EUR
EU-Mittel:
53 Millionen EUR

►FÖRDERUNG VON UNTERNEHMEN

Finanzmittel für Business North East Funds (Vereinigtes Königreich)

Dieser von North East Finance (Holdco) Limited verwaltete Holding-Fonds besteht seit 2010 und umfasst sieben spezielle Fonds, die Darlehen und Kapitalinvestitionen für Unternehmensgründungen und KMU im Nordosten Englands bereitstellen. Bis zum 1. Juli 2012 flossen aus diesen Fonds 58 Millionen EUR in die Unterstützung von insgesamt 412 KMU. 20,5 Millionen EUR stammten dabei aus dem North East England Competitiveness Programme. Durch Hebeleffekte kamen weitere 77 Millionen EUR (73 Millionen EUR private Gelder) hinzu. Damit erhielten Unternehmen in Nordostengland insgesamt 135 Millionen EUR. Durch diese Investitionen wurden 532 neue Arbeitsplätze geschaffen und 1180 Arbeitsplätze gesichert.

►MEHR DAZU

<http://www.northeastfinance.org/>

►ENERGIEEFFIZIENZ
KredEx (Estland)

KredEx fungiert als Holding-Fonds, der Finanzintermediäre für Darlehen zur Durchführung von Energieeffizienzmaßnahmen an Wohngebäuden auswählt. Diese Darlehen werden zu günstigeren Zinssätzen (zwischen 3,8 und 4,7% bei zehnjähriger Zinsbindung statt der üblichen 7 bis 10% bei fünfjähriger Zinsbindung oder variabler Verzinsung), Laufzeiten (bis zu 20 Jahre statt ca. 12 Jahre) und Vertragsgebühren (0,5 bis 0,75% des Darlehensbetrags statt bis zu 1% des Darlehensbetrags) als marktübliche Darlehen angeboten. Bis zum Ablauf eines 2011 endenden Programms wurden 391 Gebäude mit 14680 Wohneinheiten renoviert, bei einem Gesamtdarlehensvolumen von 34,3 Millionen EUR und voraussichtlichen durchschnittlichen Energieeinsparungen von ca. 36%.

►MEHR DAZU

<https://www.swedbank.ee/business>
<http://www.kredex.ee/>



Beginn:
Juni 2009
Fondsvolumen:
49 Millionen EUR
EU-Mittel:
17 Millionen EUR



Beginn:
2008
Fondsvolumen:
993 000 EUR
EU-Mittel:
340 000 EUR

►KLEINSTKREDIT

Institut für Mikrofinanzierung (Ost-/Mittelschweden)

Diese Initiative wurde 2008 ins Leben gerufen und dient vor allem der Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für Migrantinnen, die bei der Kapitalbeschaffung zur Gründung oder zum Ausbau ihres eigenen Geschäfts häufig auf Schwierigkeiten stoßen. Das Projekt war ursprünglich bis Anfang 2011 befristet. Mittlerweile hat sich das „Microfinance Institute for increased employment, economic and social integration“ („Mikrofinanzinstitut für mehr Beschäftigung und bessere wirtschaftliche und soziale Eingliederung“) jedoch als ein Unternehmen profiliert, das Kredite vergibt und so bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten hilft. Bisher hat das Mikrofinanzinstitut Frauen bei der Gründung von 43 Kleinstunternehmen unterstützt und damit 48 Stellen geschaffen. Unter diesen Frauen ist zum Beispiel Kholoud Yamami, die 2004 aus dem Jordan einwanderte und Unterstützung für die Gründung ihres Betriebs erhielt, in dem sie arabisches Gebäck herstellt. Mittlerweile beliefert sie fünf Supermärkte. Dieses Projekt war 2010 RegioStars-Gewinner in der CityStar-Kategorie – Integration von Migranten und Randgruppen in städtischen Gebieten.

►MEHR DAZU

<http://www.mikrofinansiering.se/>



EIB-Gruppe drei gemeinsame Initiativen entwickelt: JEREMIE für KMU, JASMINE für Mikrofinanzierung und, gemeinsam mit der Entwicklungsbank des Europarats, JESSICA für Stadtentwicklung.

Die Unterstützung interessierter Verwaltungsbehörden hat zu über 110 Machbarkeitsstudien, thematischen Studien und Lückenanalysen geführt. Darüber hinaus haben die 2009 ins Leben gerufenen JEREMIE- und JESSICA-Networkingplattformen den Austausch von Know-how und bewährten Praktiken zwischen der Kommission, den Verwaltungsbehörden und anderen Interessenträgern gefördert.

Bislang haben 55 Mikrokreditgeber aus 16 EU-Mitgliedstaaten die institutionellen Bewertungs- oder Ratingdienste und die maßgeschneiderten Schulungs- und Geschäftsentwicklungsleistungen der JASMINE Technical Assistance Facility genutzt. In Ergänzung der von dieser Einrichtung geleisteten Arbeit hat die Kommission im Dezember 2011 einen Europäischen Verhaltenskodex für die Mikrokreditvergabe veröffentlicht, um vorbildliche Praktiken bei der Vergabe von Mikrokrediten zu fördern.

Erkenntnisse

Die Anwendung von Finanzinstrumenten in der Regionalpolitik hat in der Praxis eine Reihe von Schwierigkeiten aufgeworfen. Auf diese Schwierigkeiten haben nicht nur die unmittelbar an der Anwendung Beteiligten hingewiesen (die Kommission, Mitgliedstaaten, Verwaltungsbehörden, EIB-Gruppe), sondern auch der Europäische Rechnungshof und das Europäische Parlament:

- Notwendigkeit von rechtlichen Änderungen und Leitlinien zur Klarstellung des Anwendungsbereichs und der Regeln für Finanzinstrumente aufgrund ihrer stärkeren Anwendung in Strukturfondsprogrammen im Zeitraum 2007-2013;
- In manchen Fällen begrenzte praktische Erfahrung wichtiger Beteiligter bei Finanzinstrumenten;
- Probleme, das Angebot auf die Nachfrage abzustimmen, was in einigen Fällen zu einem Überangebot an Finanzmitteln, zu verzögerter Bereitstellung von Finanzmitteln an KMU oder zum „Parken“ in Fonds geführt hat;
- Schwierigkeit, die Ziele des Privatsektors (Maximierung der Finanzanlagenrendite) mit den Zielen der Regionalpolitik (Förderung von Wachstum und Beschäftigung in bestimmten Mitgliedstaaten und Regionen) in Einklang zu bringen. ▶▶

▶ EUROPÄISCHER VERHALTENSKODEX FÜR DIE VERGABE VON MIKROKREDITEN

Dieser Bericht ist in folgenden Sprachen erhältlich: BG, DE, EL, EN, ES, FI, FR, HU, IT, NL, PL, PT, RO, SK, SV.



▶ JASMINE

Joint Action to Support Microfinance Institutions in Europe (Gemeinsame Aktion zur Förderung von Kleinstkreditinstituten in Europa): gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) entwickelte Initiative der Europäischen Kommission. Bietet Unterstützung für Mikrokreditgeber und Kleinstkreditinstitute, um den Zugang zu Mikrokrediten in der EU zu verbessern.

▶ JEREMIE

Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises (Gemeinsame europäische Mittel für kleinste und mittlere Unternehmen): gemeinsam mit dem EIF entwickelte Initiative der Europäischen Kommission. Fördert den Einsatz von Finanzinstrumenten, um KMU über Strukturfondsmaßnahmen einen besseren Zugang zu Finanzierungen zu ermöglichen.

▶ JESSICA

Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas (Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in Stadtgebiete): gemeinsam mit der EIB und der Entwicklungsbank des Europarats entwickelte Initiative der Europäischen Kommission zur Förderung des Einsatzes von Finanzinstrumenten bei der nachhaltigen Stadtentwicklung.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/instruments/index_de.cfm



Beginn:
September 2010
Fondsvolumen:
69,8 Millionen EUR
EU-Mittel:
53,4 Millionen EUR

Gründerzentrum in Posen (Großpolen)

Abbildung gemäß dem architektonischen Konzept, Gebäude noch im Bau.

► **NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG**
Stadtentwicklungsfonds in
Großpolen und Pommern (Polen)

Die Bank Gospodarstwa Krajowego, einzige zu 100% in Staatsbesitz befindliche Entwicklungsbank in Polen, agiert in den beiden Regionen Großpolen und Pommern als Stadtentwicklungsfonds.

Der Stadtentwicklungsfonds Großpolen widmet sich der Belebung und Förderung des wirtschaftlichen Umfelds. Seit Unterzeichnung der operationellen Vereinbarung im September 2010 sind bei dem Fonds 26 Darlehensanträge im Gesamtumfang von 59 Millionen EUR eingegangen und 6 Investitionsvereinbarungen mit einem Gesamtumfang von 23,2 Millionen EUR wurden unterzeichnet. Ein weiteres Projekt im Wert von ca. 1,5 Millionen EUR ist gerade genehmigt worden (die Investitionsvereinbarung wird in Kürze unterzeichnet). Zu den unterstützten Projekten gehört die Renovierung alter oder historischer Gebäude, die u. a. als Gründer- oder Kulturzentren genutzt werden sollen.



Kulturgarnison in Danzig (Pommern)

Die operationelle Vereinbarung für Pommern wurde im Oktober 2011 unterzeichnet. Seither sind bei dem Fonds neun Darlehensanträge im Gesamtumfang von 43,5 Millionen EUR eingegangen. Außerdem wurde eine Investitionsvereinbarung über 4,5 Millionen EUR unterzeichnet, und ein weiteres Projekt im Wert von ca. 5,5 Millionen EUR ist gerade genehmigt worden (die Investitionsvereinbarung wird in Kürze unterzeichnet).

► **MEHR DAZU**
<http://www.bgk.com.pl/jessica>



Beginn:
Oktober 2011
Fondsvolumen:
37,2 Millionen EUR
EU-Mittel:
32,2 Millionen EUR

Kulturgarnison in Danzig (Pommern)



Vorschläge für 2014-2020 – Verbesserungen für die Zukunft

Aufgrund dieser Erfahrungen sind die Vorschläge der Kommission für 2014-2020 auf einen klareren und stabileren rechtlichen Rahmen für in der Kohäsions- und Regionalpolitik angewendete Finanzinstrumente ausgerichtet.

Die Haushaltsordnung legt gemeinsame Regeln für den Einsatz von Finanzinstrumenten durch die EU in allen Politikbereichen, die im Rahmen des EU-Haushalts finanziert werden, fest und zielt auf die Festlegung einheitlicher Regeln für Beteiligungs- und Schuldtitel der EU ab. Für die Kohäsions- und Regionalpolitik würden weiterhin besondere Regeln gelten, aber die müssten so gestaltet sein, dass größtmögliche Übereinstimmung und Synergien mit den Regeln für Finanzinstrumente, die in anderen Politikbereichen angewendet werden, bestehen.

Die Regeln sollten auch für größere Effektivität von Finanzinstrumenten im Rahmen der Kohäsionspolitik sorgen. Deshalb wurden Einschränkungen, durch die der Einsatz von Finanzinstrumenten auf bestimmte Bereiche begrenzt wird, aufgehoben. *Ex-ante*-Bewertungen zur Erkennung von Marktmängeln und nicht optimaler Investitionssituationen werden bei der Gestaltung der einzelnen Finanzinstrumente obligatorisch sein.

Um den Mitgliedstaaten und Verwaltungsbehörden bei Bedarf den Einsatz von Finanzinstrumenten zu erleichtern, sollen drei Anwendungsoptionen angeboten werden:

- Beitrag zu auf EU-Ebene eingerichteten Finanzinstrumenten, wobei die Beiträge zweckgebunden für Investitionen in Regionen und Maßnahmen im Rahmen der operationellen Programme eingesetzt werden;
- Auf nationaler/regionaler Ebene eingerichtete standardisierte Finanzinstrumente (Produkte „von der Stange“), deren Modalitäten und Bedingungen in einem Durchführungsrechtsakt festgelegt werden;
- Bestehende oder neu geschaffene Finanzinstrumente auf nationaler oder regionaler Ebene.

Nicht zuletzt enthalten die Vorschläge klarere Regeln für die Finanzverwaltung, z. B. Maßnahmen zur Sicherstellung einer engeren Verbindung zwischen Mitteln, die in Finanzinstrumente fließen, und realwirtschaftlichen Investitionen; schnellere Auszahlung an die Endempfänger; flexiblere Optionen, um die Schwierigkeiten nationaler Behörden, nationale Beiträge bereitzustellen, zu überwinden; Bestimmungen, um die revolvierende Wiederverwendung zurückgeflossener Mittel im Einklang mit den Zielen der Regionalpolitik sicherzustellen, sowie die Verschärfung von Bestimmungen in Bezug auf Berichterstattung, Monitoring und Evaluierung.

Diese Vorschläge werden derzeit auf europäischer Ebene diskutiert. Am Ende werden kohärentere Regeln stehen, die die Voraussetzungen für einen wirksameren und effektiveren Einsatz von Finanzinstrumenten schaffen werden, um eine stärkere Wirkung der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020 zu erreichen.

Nächste Schritte

Die Bestimmungen in Bezug auf Finanzinstrumente werden wie die übrigen Bestimmungen der Allgemeinen Verordnung in den kommenden Monaten Gegenstand ständiger Gespräche mit dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament sein. Bis Mitte 2013 sollen alle Verordnungen, delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte fertig sein, um einen rechtzeitigen Start der Programme für 2014-2020 zu ermöglichen.

Bei der Planung von Maßnahmen für den Einsatz von Finanzinstrumenten wird es auch wichtig sein, aus den Erfahrungen des laufenden Zeitraums zu lernen. Im Oktober 2012 wird die Kommission einen Bericht erstellen, in dem die Informationen über Finanzinstrumente zusammengefasst werden, die von den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem jährlichen Durchführungsbericht über die Umsetzung von Strukturfondsprogrammen übermittelt werden. Außerdem wird das externe Bewertungsnetz der GD Regionalpolitik im Oktober/November einen Bericht über den Einsatz von Finanzinstrumenten in Strukturfondsprogrammen im Zeitraum 2007-2013 veröffentlichen.

Die Kommission möchte für einen optimalen Rahmen zur Realisierung der Ziele sorgen, die im vergangenen Jahr in der Mitteilung „Ein Haushalt für ‚Europe 2020‘“ dargelegt wurden. Durch den Einsatz von Finanzinstrumenten im Rahmen der Kohäsions- und Regionalpolitik kann „die Wirkung des EU-Haushalts optimiert werden, um eine größere Zahl strategischer Investitionen zu verwirklichen und damit das Wachstumspotenzial der EU zu stärken“. Außerdem können Finanzinstrumente „zur Entwicklung der Finanzmärkte nach der Krise beitragen“.

▶ MIT EIGENEN WORTEN

NATIONALE UND REGIONALE SICHTWEISEN AUF DIE KOHÄSIONSPOLITIK

Die Europäische Union umfasst über 270 Regionen in 27 Staaten. Jede dieser Regionen hat ihre eigene wirtschaftliche und kulturelle Geschichte und ihre besonderen Bedürfnisse. Es ist wichtig, dass Politiker, Verwaltungsstellen und Amtsträger auf allen Ebenen die tatsächlichen Wirkungen der Kohäsionspolitik an der Basis kennen.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge!

Dies ist nur einer der Gründe, weshalb Panorama die „Hauptkonsumenten“ der Kohäsionspolitik auf der nationalen und regionalen Ebene dazu einlädt, sich Gehör zu verschaffen, Rückmeldung zur praktischen europäischen Politik zu geben und sich zu aktuellen Leistungen und Erfolgen zu äußern oder

Einblick in die Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum zu geben. Panorama freut sich auf Ihre Beiträge, die wir vielleicht in künftigen Ausgaben bringen:
▶ regio-panorama@ec.europa.eu

In dieser Ausgabe gibt *Panorama* die Reaktionen von fünf Mitgliedstaaten und Regionen wieder, die ihre Meinung zu den Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf ihr Gebiet und auf ihre Bürger geäußert haben. Die *Communauté urbaine de Bordeaux* (Stadtverband Bordeaux) äußert sich zu den Vorschlägen der Kommission für die Kohäsionspolitik 2014-2020, während sich die Region Pommern den Ergebnissen im Programmzeitraum 2007-2013 widmet. Derweil richten Dänemark, Polen und die Wallonische Region den Blick auf ihre Vorbereitungen für den nächsten Programmplanungszeitraum.

▶ POLEN

▶ POLEN MACHT SICH BEREIT FÜR WEITERE INVESTITIONEN IN DEN ERFOLG

Mitte 2012 dürfte es keine Zweifel mehr an Polens Fähigkeit geben, Mittel aus dem Kohäsionsfonds wirkungsvoll einzusetzen: Über drei Viertel der verfügbaren Zuweisung wurden an Leistungsempfänger vergeben, und die Höhe der von der Europäischen Kommission bereits geleisteten Zahlungen liegt über dem EU-Durchschnitt.

Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik sind allgegenwärtig. Neue und modernisierte Straßen, eine Bahnverbindung zum Warschauer Flughafen, Kläranlagen, energieeffiziente renovierte Gebäude, moderne Kulturzentren – all dies trägt zum sich wandelnden Bild des Landes bei. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung des Unternehmertums helfen Menschen und Unternehmen, ihren Platz am Markt zu finden. Diese Investitionen in ihrer Gesamtheit haben zu Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt: Es wird geschätzt, dass das BIP 2011 um 0,8 Prozentpunkte mehr gewachsen ist, als es ohne die Kohäsionspolitik der Fall gewesen wäre. Bis 2011 haben EU-Mittel

zur Steigerung der Beschäftigungsquote um 3 Prozentpunkte beigetragen, was eine Million zusätzlicher Erwerbstätiger bedeutet. Was aber ebenso wichtig ist: Der Einsatz von EU-Mitteln hat sich positiv auf die Verwaltungskultur in den zahlreichen beteiligten zentralen und regionalen Institutionen ausgewirkt. Die Entwicklung strategischer Konzepte und effektiver Verwaltungsstrukturen, die bessere Abwicklung von Umweltverfahren und die Dezentralisierung durch mehr Eigenverantwortung für die Regionen sind Beispiele für diese indirekten Vorteile.

Die Vorbereitungen für die Planung der Kohäsionspolitik 2014-2020 haben bereits begonnen. Die Institutionen und Partner sind sich vollkommen darüber im Klaren, dass der erfolgreiche Einsatz der künftigen Mittel von einer guten Vorbereitung abhängt. Der Prozess wird vom Ministerium für Regionalentwicklung koordiniert und ist nicht auf die Planung für die Verwendung von EU-Mitteln begrenzt. Eines der ersten Etappenziele war die Erarbeitung und Verabschiedung



Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur der Messe Kielce als internationales Ausstellungs- und Kongresszentrum

der Nationalen Regionalentwicklungsstrategie im Jahr 2010, gefolgt von der Erarbeitung mittel- und langfristiger nationaler Entwicklungsstrategien und begleitet von acht integrierten sektorenübergreifenden Strategien im Zusammenhang mit wichtigen Prioritäten wie einer innovativen und erfolgreichen Wirtschaft, Humankapital, Energiesicherheit und Umwelt. Ansatzpunkte für die Diskussion um EU-Mittel im Zeitraum 2014–2020 sind nicht nur die Lücken, sondern auch das anzuspreekende Potenzial sowie der wirksamste Rahmen und die effektivste Form des Handelns. Um die richtigen Antworten zu finden, veranstaltet das Ministerium für Regionalentwicklung Expertendebatten zu verschiedenen thematischen Zielen der künftigen Kohäsionspolitik sowie Treffen mit wichtigen Akteuren wie Vertretern von Ministerien, Städten, Regionen und der Wirtschaft sowie mit Wirtschafts- und Sozialpartnern. Dies schließt auch spezielle Tagungen des Nationalen Forums der Gebietskörperschaften ein.

Während der gesamten Verhandlungen in Brüssel hat sich Polen dafür eingesetzt, die Kohäsionspolitik an zielgerichtete *Ex-ante*-Konditionalitäten zu knüpfen und sie dadurch in Zukunft effektiver zu gestalten. Das Ministerium für Regionalentwicklung hat bereits im ersten Halbjahr 2012 damit begonnen, einen Prozess zu koordinieren, bei dem die Fortschritte in der Erfüllung der verschiedenen Bedingungen und Kriterien überprüft werden, die für den erfolgreichen Einsatz künftiger EU-Mittel entscheidend sind. Aktionspläne, die auf einige Problembereiche ausgerichtet sind, werden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ministerien und Institutionen vereinbart und umgesetzt, um einen reibungslosen Beginn der Umsetzung der neuen Programme ab Anfang 2014 zu ermöglichen.

Przemysław Kalinka

Abteilung für die Koordinierung der Strukturpolitik,
Ministerium für Regionalentwicklung

► DÄNEMARK

► STRUKTURFONDS-FÖRDERUNG AUF DÄNISCH

BESONDERES AUGENMERK AUF THEMATISCHE KONZENTRATION UND ERGEBNISSE

2007-2013 erhält Dänemark insgesamt rund 500 Millionen EUR – je zur Hälfte aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds. Dies bedeutet, dass Dänemark den kleinsten Pro-Kopf-Betrag in der EU erhält. Seit 2007 sind die Initiativen auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet, basierend auf den sechs Strategien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung, die lokale Herausforderungen berücksichtigen. Von Anfang 2007 bis Ende 2011 waren über 11 000 Unternehmen und über 33 000 Menschen von den Strukturfonds-Initiativen betroffen. Generell funktioniert die Umsetzung der Programmziele gut.

Die Danish Business Authority ist die Verwaltungsbehörde für die beiden nationalen Programme zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – das Regionalfondsprogramm „Innovation und Wissen“ und das Sozialfondsprogramm „Mehr und bessere Arbeitsplätze“. Der Schwerpunkt im aktuellen Programmzeitraum ist die Lissabon-Strategie. Analysen haben gezeigt, dass die Durchführung der Programme erfolgreich mit Strategien auf regionaler, nationaler und EU-Ebene verknüpft worden ist (die die Ziele der Lissabon-Strategie unterstützen). Dänemark wird sich im Zeitraum 2014–2020 auf die Ziele der Strategie Europa 2020 konzentrieren und erwartet daher, aus seinen

umfangreichen Erfahrungen mit der Lissabon-Strategie und lokalen Initiativen schöpfen zu können.

Derzeit haben die Initiativen zum Ziel, das wirtschaftliche Umfeld zu beeinflussen. Dies soll unter Anwendung des strategischen Rahmens geschehen, der für beide Programme gilt, um sicherzustellen, dass sich die Projekte auf Innovation, Unternehmertum, neue Technologien oder Humanressourcen konzentrieren. Darin drückt sich eine thematische Konzentration aus, die *nicht* auf bestimmte Wirtschaftszweige oder Gruppen ausgerichtet ist.

Der strategische Fokus in den dänischen Programmen hat sich – zum Beispiel im Hinblick auf die Wirtschaftskrise – als robust erwiesen. Dänemark möchte diese thematische Konzentration beibehalten, und die Dänen möchten vielleicht sogar noch weitergehen als derzeit vorgesehen. Die Zuweisung von Mitteln für vorgegebene Zwecke kann für ein Empfängerland mit nur wenigen und kleinen Programmen schwierig sein, wenn die Initiativen darüber hinaus auf die Bereiche konzentriert sein müssen, in denen der größte Bedarf festgestellt wird.

Die dänischen Projekte fördern die Entwicklung in Partnerschaften. Direkte Beihilfen für Investitionen einzelner Unternehmen sind selten. Ein typisches Regionalfondsprojekt ist das International Centre for Innovation an der Universität Aalborg. In Unternehmen innerhalb eines Unternehmensnetzwerks wird Fachwissen zusammengetragen. Dies soll den Unternehmen ermöglichen, besser als bisher neue, schwer nachzuahmende Geschäftsmodelle zu entwickeln. Eine der Firmen hat beispielsweise einen hochmodernen, autonom fliegenden Helikopter für Aufklärungszwecke (Drohne) entwickelt.

Aufgrund des Schwerpunkts der Programme hat die Danish Business Authority gemeinsam mit Danmarks Statistik sehr viel Arbeit in die Entwicklung eines Systems zur Effizienzmessung mit datenbasierter Wirkungskontrolle der Initiativen investiert. Dies entspricht den höher gewordenen Erwartungen in der übrigen EU, dass es möglich sein müsste, die Wirkung der Initiativen zu dokumentieren. Ergebnisorientierung hat für Dänemark und die EU einen hohen Stellenwert. Alle dänischen Projekte werden Effizienzüberprüfungen unterzogen. Wichtige Faktoren sind die Existenzgründungsrate, der Anteil innovativer Unternehmen und die Zahl der Wachstumsunternehmer.

Aufgrund von Erfahrungen aus dem Jahr 2007 wird derzeit davon ausgegangen, dass Wachstum, Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung, lokale Initiativen, Partnerschaften, thematische Konzentration und Ergebnisorientierung auch die Angelpunkte für Initiativen im Zeitraum 2014-2020 sein dürften. Wir wollen einfach versuchen, alles ein klein wenig besser zu machen.

Preben Gregersen
*Direktor für Regionalpolitik,
 Danish Business Authority*



Hochmoderner, autonom fliegender Helikopter

▶ BELGIEN

▶ DIE WALLONISCHE REGION FREUT SICH AUF DEN PROGRAMMZEITRAUM 2014-2020

Die Wallonische Region führt zwei operationelle Programme durch, die im Programmzeitraum 2007-2013 vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert werden.

Das erste Programm betrifft die Provinz Hainaut im Rahmen des Konvergenzziels, das zweite die übrige Wallonische Region im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Mit öffentlichen Finanzhilfen von annähernd 1,79 Milliarden EUR werden Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von Forschung, Innovation und Berufsausbildung sowie zur

Steigerung der Attraktivität der Region finanziert. Letzteres versucht man durch Stadt-sanierungsprojekte, durch Wiedernutzbar-machung und Sanierung von Brachflächen und durch Verbesserung der Infrastrukturen für die Ansiedlung von Unternehmen in der Region zu erreichen.

Seit Beginn der Projekte vor fünf Jahren wurden in der Wallonischen Region 9 600 neue Arbeitsplätze geschaffen und 863 neue Unternehmen gegründet, und in 29 städtischen Zentren und 22 Industrie- und Gewerbegebieten wurden Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt. Die Region stellt mit Zufriedenheit fest, dass sie in 494 Unternehmen und

22 international anerkannten Zentren die Forschung gefördert hat.

Die Wallonische Region hofft, im Programmzeitraum 2014-2020 Nutzen aus diesen Ergebnissen ziehen zu können und freut sich auf den neuen Programmplanungszeitraum.

Wir möchten, dass die Verhandlungen zügig abgeschlossen werden, damit am 1. Januar 2014 tatsächlich der neue Programmplanungszeitraum beginnen kann. Seit Anfang des Sommers arbeiten wir deshalb mit einem wissenschaftlichen Experten an der Erstellung der Partnerschaftsvereinbarung und der operationellen Programme, die natürlich von den Zielen von Europa 2020 (KMU, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie CO₂-Fußabdruck) durchdrungen sein werden – nicht zu vergessen die Schlüsselrolle der großen städtischen Zentren bei der Wirtschaftsentwicklung. Wir möchten der Europäischen Kommission alle Unterlagen im ersten Halbjahr 2013 vorlegen, sodass wir bereit sind und dem großen Tag entgegensehen können. Wir beabsichtigen unsere erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu starten, sobald die Unterlagen für den Programmplanungszeitraum fertiggestellt worden sind.

Das sind keine kleinen Aufgaben. Ich bin mir aber sicher, dass wir sie in enger Zusammenarbeit mit der GD Regionalpolitik meistern werden.

Jean Janss

Generalinspektor bei der Abteilung für die Koordinierung der Strukturfonds, Öffentlicher Dienst der Wallonischen Region



▶ POLEN

▶ EU-FÖRDERUNG FÜR POLNISCHE WISSENSCHAFT

TECHNOLOGIEPARKS IN DER REGION POMMERN

Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sind nun schon acht Jahre vergangen. Die EU-Mitgliedschaft und die Möglichkeit, EU-Mittel einzusetzen, haben zweifelsohne sehr stark zur Entwicklung der Region Pommern beigetragen. Durch die finanzielle Hilfe in der Vorbereitungszeit und dann im Zeitraum 2007-2013 hat sich die Region Pommern dynamisch entwickelt, und die Menschen in der Region können die Wirkung dieser positiven Veränderungen spüren.

Die Region Pommern konzentriert sich auf Investitionen und Entwicklung im Bereich Wissenschafts- und Technologieparks, Gründerzentren und Cluster. Der erste Technologiepark in der Region Pommern, der Pomeranian Science and Technology Park, wurde 2001 in Gdynia gegründet. 2004 folgte der Pomeranian Innovation and Entrepreneurship Incubator, und 2006 wurde der Gdańsk Science and Technology Park gegründet. Eine der letzten Investitionen in der Region Pommern, die von der EU kofinanziert wurde, ist der Słupsk Technology Incubator. Mittlerweile spielt im erneuerbaren Energiesektor der Region Pommern der Kwidzyn Industry and Technology Park eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Kleinst-, Klein- und Großunternehmen.

Danziger Wissenschafts- und Technologiepark



Der Gesamtwert dieser umgesetzten EU-Projekte, die auf die Gründung und Entwicklung von Wissenschafts- und Technologieparks, Gründerzentren und Cluster abzielen, beläuft sich auf über 136 Millionen EUR. Einrichtungen wie Technologieparks, Gründerzentren und Cluster brauchen selbstverständlich sofortige finanzielle Unterstützung, um ihre Ziele zu erreichen und Unternehmen zu helfen. Es wird erwartet, dass solche, mit EU-Mitteln kofinanzierte Investitionen der Region Pommern ein schnelleres Wirtschaftswachstum beschieren, wodurch die Region für inländische und ausländische Anlageinvestitionen attraktiv wird. Pommern ist mit der Gründung neuer Technologieparks und mit der Zunahme der Aktivitäten der bereits existierenden Technologieparks auf dem richtigen Weg, diese Ziele zu erreichen.

Marcin Twardokus und Joanna Speiser
Abteilung für Regionalprogramme beim Marschallamt der Woiwodschaft Pommern

▶FRANKREICH

▶BORDEAUX BEGRÜSST FÖRDERUNG DURCH DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

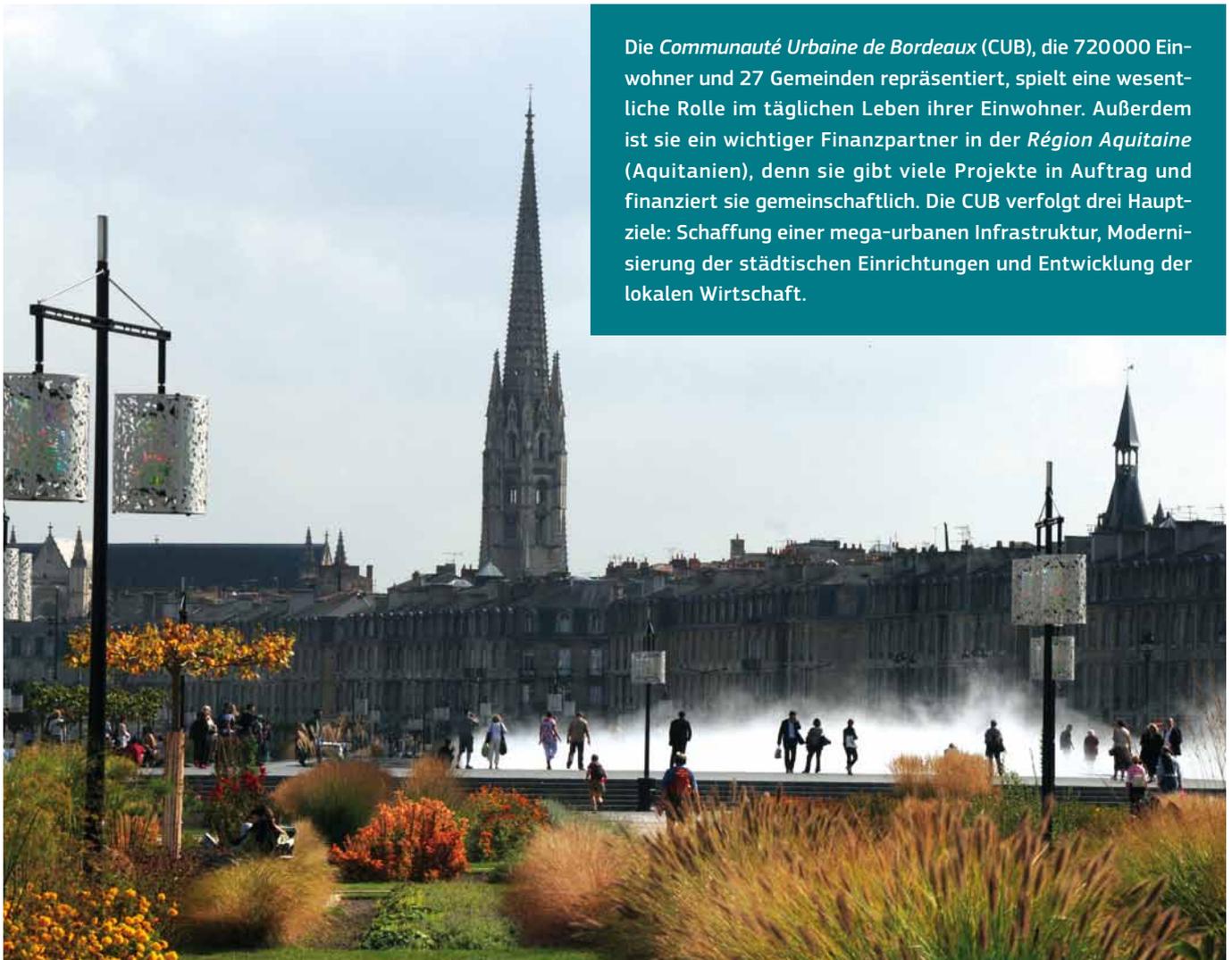
Die *Communauté urbaine de Bordeaux* (CUB – Stadtverband Bordeaux) begrüßt die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Kommission zur Aufrechterhaltung des Engagements in der EU-Regionalpolitik. Durch EU-Mittel erhalten Projekte, die von lokalen Behörden durchgeführt werden, einen echten Schub.

Für eine flexiblere thematische Konzentration

Die CUB begrüßt sehr, dass 11 thematische Ziele ausgewählt worden sind und dass die Kommission die Förderung flexibler koordinieren möchte, damit diese Ziele einen echten Beitrag zur Strategie Europa 2020 leisten. Dennoch werden durch diese thematische Konzentration (Konzentration von 80% der EFRE-Mittel auf drei Ziele) die Möglichkeiten, die Projektkoordinatoren auf regionaler Ebene zur Verfügung stehen, und die Möglichkeiten, in besserer Übereinstimmung mit der Kommunalpolitik zu arbeiten, eingeschränkt. Die CUB meint, dass regionale und lokale Behörden in die Entscheidung über die thematischen Ziele auf nationaler Ebene einbezogen werden sollten.

Anerkennung der Bedeutung der städtischen Dimension: ein Fortschritt, aber weitere Klärung erforderlich

Die CUB freut sich, dass die Kommission die Fokussierung auf Städtefragen beschlossen hat, denn diese sind ein wichtiger Faktor für die territoriale Entwicklung. Die CUB spielte bei einem integrierten städtischen Projekt im Programmzeitraum 2007-2013 die Vorreiterrolle und möchte diese Erfahrung im nächsten Programmplanungszeitraum wiederholen. Die CUB unterstützt den Vorschlag des Europäischen Parlaments, ein komplettes operationelles Programm der integrierten Stadtentwicklung zu widmen. Sie hat Fragen zur Stadtentwicklungsplattform, die die Kommission vorschlägt, und würde sich für eine Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten auf der Grundlage einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie für ein bestimmtes Ortsgebiet aussprechen. Außerdem erwartet sie eine Klärung hinsichtlich des Anwendungsbereichs von Initiativen für integrierte territoriale Investitionen (ITI) und ihrer Umsetzung.



Die *Communauté Urbaine de Bordeaux* (CUB), die 720 000 Einwohner und 27 Gemeinden repräsentiert, spielt eine wesentliche Rolle im täglichen Leben ihrer Einwohner. Außerdem ist sie ein wichtiger Finanzpartner in der *Région Aquitaine* (Aquitanien), denn sie gibt viele Projekte in Auftrag und finanziert sie gemeinschaftlich. Die CUB verfolgt drei Hauptziele: Schaffung einer mega-urbanen Infrastruktur, Modernisierung der städtischen Einrichtungen und Entwicklung der lokalen Wirtschaft.

Verfahrensvereinfachung: eine sehr willkommene Entwicklung

Die CUB begrüßt die Initiative der Kommission zur Vereinfachung der Durchführungs-, Verwaltungs- und Monitoringverfahren für die Strukturfonds. Papierlose Verfahren, die neue Aufbewahrungsfrist für Dokumente, Prüfungen, die in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der bereitgestellten Mittel stehen, und die Einführung einer einzigen Prüfung für Maßnahmen mit Gesamtausgaben von unter 250 000 EUR – all das sind Schritte in die richtige Richtung, die wir begrüßen. Es bleiben aber nach wie vor einige Verfahrensprobleme, und die CUB wünscht sich, dass die Regeln für die Bewertung und Verwaltung der Finanzhilfen auf nationaler Ebene im nächsten Programmplanungszeitraum vereinfacht werden.

Das Verfahren, mit dem ermittelt wird, welche Ausgabenposten mit EU-Finanzhilfen bezuschusst werden können, könnte ebenfalls vereinfacht werden.

Mehrebenen-Governance wichtig

Die CUB bejaht rückhaltlos die wichtige Bedeutung, die die Kommission der Mehrebenen-Governance beimisst. Als wichtige Akteurin in diesem politischen Konzept freut sich die CUB, dass sie im nächsten Programmplanungszeitraum Gelegenheit zu engerer Beteiligung an Entwicklung, Durchführung und Monitoring haben wird. Die CUB hofft, dass dieses Partnerschaftskonzept auch in allen nationalen Vorschriften voll zum Ausdruck kommen wird. Sie wird den Fortschritt in den Verhandlungen aufmerksam verfolgen und hofft, dass ihre Anliegen gehört und weitergegeben werden.

Anne Raimat

*Direktorin für internationale Beziehungen
und dezentralisierte Zusammenarbeit, und*

Hélène Beaupetit

*Leiterin der europäischen Abteilung
Communauté urbaine de Bordeaux*

▶ ZYPRISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

PRIORITÄTEN IN DER KOHÄSIONSPOLITIK

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2012 markiert einen der wichtigsten Abschnitte in der Geschichte Zyperns und ist eine große Herausforderung für das Land. Adonis Constantinides, Gesandter sowie Koordinator für den mehrjährigen Finanzrahmen und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strukturmaßnahmen, umreißt die Prioritäten der zyprischen Präsidentschaft in der Kohäsionspolitik, mit besonderem Augenmerk für die laufenden Verhandlungen um den rechtlichen Rahmen für die Politik in der Zeit nach 2013.



▶ ADONIS CONSTANTINIDES
Gesandter sowie Koordinator
für den mehrjährigen Finanz-
rahmen und Vorsitzender
der Arbeitsgruppe
Strukturmaßnahmen

▶ Europa erlebt im Moment schwierige Zeiten. Welche sind die wichtigsten Prioritäten der zyprischen Ratspräsidentschaft und was kann unternommen werden, um das Vertrauen wiederherzustellen und das Wirtschaftswachstum wieder anzuregen?

Mit dem Ziel, „für ein besseres Europa“ zu arbeiten, hat die zyprische Ratspräsidentschaft vier übergeordnete Prioritäten festgelegt, in deren Rahmen wichtige Legislativvorhaben und andere Initiativen vorangebracht werden sollen: (1) *ein effizienteres und nachhaltigeres Europa*, (2) *eine leistungsstärkere und wachsende europäische Wirtschaft*, (3) *eine bürgerrelevantere EU mit Solidarität und sozialem Zusammenhalt* und (4) *mehr Nähe zu unseren Nachbarn*. Alle Anstrengungen sind auf die Schaffung eines besseren Europas für die nächste Generation ausgerichtet. Das beginnt mit dem Vorantreiben der Reformen, die notwendig sind, um die derzeitigen Herausforderungen zu meistern und Wachstum und sozialen Zusammenhalt in der EU zu fördern. Die zyprische Ratspräsidentschaft ist davon überzeugt, dass die im Vertrag von Lissabon verankerten Grundprinzipien und Grundwerte der EU die treibende Kraft für diese Reformen und für die Förderung des Wohls der EU-Bürger sind. Auf der Grundlage dieser Werte möchten wir integratives Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, sowie eine nachhaltige Entwicklung und bessere Lebensqualität fördern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es wichtiger denn je, allen europäischen Bürgern eine Botschaft der Hoffnung und Solidarität zu vermitteln, besonders denjenigen, die am meisten unter den Auswirkungen dieser beispiellosen Wirtschaftskrise leiden.

▶ Alle hoffen, dass unter der zyprischen Ratspräsidentschaft ein Kompromiss beim mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) erreicht wird: Was sind Ihre Prioritäten, und wie werden Sie vorgehen?

Der MFR ist das Hauptinstrument für die Gestaltung der Zukunft der EU, und die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 zum Abschluss zu bringen ist unsere oberste Priorität. Die zyprische Ratspräsidentschaft wird im Einklang dem Mandat des Europäischen Rates vom Juni auf den unter der dänischen Ratspräsidentschaft erzielten Fortschritten aufbauen und eng mit den Präsidenten des Europäischen Rates, der Kommission und des Europäischen Parlaments zusammenarbeiten, unter voller Beachtung ihrer im Vertrag verankerten Rolle.

Wir möchten einen Haushalt erreichen, der als Katalysator für die Anstrengungen der EU zur erfolgreichen Meisterung ihrer Herausforderungen wirkt und der zu unserem gemeinsamen Ziel eines besseren Europas beiträgt. Der MFR muss angemessene Mittel bereitstellen, um zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beizutragen, und eine solide Grundlage für die Stabilisierung der europäischen Wirtschaft bieten. Das Konzept der „Ausgabenqualität“ ist ein wesentliches Element, das dafür sorgt, dass Programme einen Mehrwert erbringen und effizient geplant und umgesetzt werden, damit alle wichtigen politischen Maßnahmen der EU zu den EU-Zielen und insbesondere zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.



Der MFR wird unter der zyprischen Ratspräsidentschaft bis zum Abschluss der Verhandlungen bei allen Tagungen des Rats für Allgemeine Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen. Außerdem ist das informelle Treffen der Minister für europäische Angelegenheiten in Zypern dem MFR gewidmet. Das Ziel ist eine politische Einigung beim Europäischen Rat noch in diesem Jahr.

Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ist wichtig, um ein gemeinsames Verständnis und eine Einigung sowie die rechtzeitige Verabschiedung der entsprechenden Beschlüsse zu erreichen.

► **Die Verhandlungen zu den Rechtsvorschriften zur Kohäsionspolitik 2014-2020 sind ein vielschichtiger Prozess, an dem eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist. Wie wollen Sie den Prozess voranbringen und zum Abschluss bringen? Welche Bestandteile des Pakets halten Sie für besonders wichtig? Wie werden Sie mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten?**

Die Kohäsionspolitik ist nicht nur Ausdruck europäischer Solidarität, sondern meines Erachtens auch das Schlüsselement der EU-Investitionspolitik und kann wesentlich zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Wir setzen alles daran, dass in den Verhandlungen bestmögliche Fortschritte erzielt werden. Parallel zu den MFR-Verhandlungen werden Gespräche stattfinden, auch wenn die Angelegenheit erst abgeschlossen werden kann, nachdem eine Einigung über den MFR erzielt worden ist.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft sind zwar bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden; dennoch bleibt

noch viel zu tun. Aufbauend auf diesem Impuls, arbeiten wir im Rat bereits intensiv daran, bis Ende 2012 alle offenen Fragen zum Abschluss zu bringen, insbesondere Fragen, die den Gemeinsamen Strategischen Rahmen, die Finanzverwaltung sowie Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die territoriale Entwicklung, Information und Kommunikation sowie einige weitere technische Aspekte betreffen.

Wir möchten so schnell wie möglich eine Einigung im Rat und ein Einvernehmen mit allen zuständigen EU-Institutionen über Programmplanungs- und Verwaltungsfragen erreichen, damit die Mitgliedstaaten und Regionen ihre Vorbereitungen für den neuen Programmplanungszeitraum treffen können.

Die Kohäsionspolitik wird beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Oktober und Dezember auf der Tagesordnung stehen. Dabei soll, abgesehen von den Finanzfragen im Zusammenhang mit den MFR-Verhandlungen, Einigung über die Rechtsvorschriften erzielt werden. Das informelle Treffen der Minister für Kohäsionspolitik in Zypern soll die Verhandlungen erleichtern und eine erste Diskussion über die Umsetzung der neu gestalteten Politik ermöglichen.

Eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ist von besonderer Bedeutung. Daher beabsichtigen wir, während des gesamten Verhandlungsprozesses Kontakt zu halten. Im Herbst werden informelle Dreiergespräche eingeleitet werden, und alle Seiten haben den festen Willen, möglichst gute Fortschritte zu erzielen.

Nicht zuletzt möchten wir die Arbeit früherer Ratspräsidentschaften zur Förderung und Umsetzung der Territorialen Agenda 2020 fortsetzen.

► MEHR DAZU

<http://www.cy2012.eu/index.php/de/page/home>

Adaptierung der grünen und blauen Infrastruktur in Ballungszentren und Ökostädten – Auszeichnung RegioStars 2012

▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT 2014–2020

GRÖßERES GEWICHT, GRÖßERE AMBITIONEN

Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) gewinnt im Rahmen der Kohäsionspolitik weiterhin an Bedeutung und Beachtung.

Nicht zuletzt trägt der Gesetzgebungsvorschlag der Kommission, in dem ein höheres Budget für Zusammenarbeit vorgesehen ist und die Zusammenarbeit zu einem der beiden Hauptziele für den Zeitraum 2014–2020 gemacht wird, hierzu bei. Die ETZ ist bereits als wichtiges Instrument für die Stärkung des territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der EU sowie als wichtiger Beitrag zur grenzüberschreitenden europäischen Integration anerkannt. Bei den diesjährigen Open Days wird gezeigt werden, wie im Rahmen der ETZ Lösungen für grenzüberschreitende Aufgaben gefunden, Skaleneffekte erzielt, wirkungsvolle Mechanismen zur Generierung und zum Austausch von Wissen gefunden werden und die Governance verbessert wird. Eines der drei Hauptthemen lautet „Territoriale Zusammenarbeit: eine Bereicherung für Europa“ (Territorial cooperation: an asset for Europe).

Einhergehend mit den Vorschlägen für ein stärkeres finanzielles Gewicht, stellt die Kommission auch höhere Erwartungen an die möglichen Ergebnisse grenzüberschreitender, transnationaler und interregionaler Kooperationsprogramme. Um die gesteckten Ziele für die Europäische territoriale Zusammenarbeit zu erreichen, fordert die Kommission dazu

auf, die territoriale Zusammenarbeit voll in das strategische Denken und die strategischen Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene einzubeziehen. Im Gemeinsamen Strategischen Rahmen und in den Partnerschaftsvereinbarungen sollen Prioritäten für die Zusammenarbeit festgelegt werden. Außerdem müssen die Mechanismen bestimmt werden, nach denen die Koordination zwischen verschiedenen Finanzierungsinstrumenten der EU funktioniert.

Außerdem sollen Kooperationsprogramme stärker fokussiert werden. Die Kommission schlägt vor, Mittel für grenzüberschreitende und transnationale Kooperationsprogramme auf lediglich vier der thematischen Ziele von Europa 2020 zu konzentrieren, um die Wirkung dieser Programme zu verstärken. Dies soll im Einklang mit den festgestellten besonderen Bedürfnissen und dem Potenzial der grenzübergreifenden und transnationalen Gebiete geschehen. Es gibt aber keine thematischen Einschränkungen für die interregionale Zusammenarbeit, die weiterhin das Hauptinstrument für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken in einer ganzen Reihe von Themen im Rahmen von Europa 2020 sein soll.

Zur Unterstreichung des besonderen Charakters der ETZ im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik hat die Kommission eine spezielle Kooperationsverordnung vorgeschlagen, durch die die allgemeinen Regeln der Allgemeinen Verordnung und der EFRE-Verordnung spezifiziert und ergänzt werden sollen.



Haparanda/Tornio (Schweden/Finland), Interreg IV/A Nord

Bei den laufenden Verhandlungen im Rat waren sich die Mitgliedstaaten einig, dass die Ergebnisorientierung von Programmen verstärkt werden müsse und eine stärkere thematische Konzentration der ETZ erforderlich sei. Beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten vom 26. Juni 2012 wurde empfohlen, Kooperationsprogrammen mehr Flexibilität bei der Wahl thematischer Ziele einzuräumen. 80% der Programm-mittel sollen sich auf vier thematische Ziele konzentrieren, wie ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen; die verbleibenden 20% können aber für beliebige andere Ziele auf der Liste verwendet werden. Unter der zyprischen EU-Ratspräsi-dentschaft haben konkrete Gespräche mit den Mitgliedstaa-ten zu den Bestimmungen der ETZ-Verordnung begonnen.

Die ETZ findet auch Beachtung und Unterstützung durch das Europäische Parlament. Der REGI-Ausschuss empfahl in seiner Stellungnahme von Mitte Juli 2012, im Budget für die Kohäsionspolitik den Anteil für die Zusammenarbeit zu verdoppeln: auf 7% statt der von der Kommission vor-geschlagenen 3,5%. Die Mitglieder des Europäischen Par-laments haben über 250 Änderungsanträge am Entwurf der ETZ-Verordnung eingebracht.

Der Entwurf der ETZ-Verordnung gibt der Kommission die Möglichkeit, durch Durchführungsrechtsakte eine Liste grenzüberschreitender und transnationaler Gebiete, die För-dermittel erhalten, zu erlassen, aufgliedert nach Koope-rationsprogrammen. Die Kommission hat bereits begonnen,

darüber nachzudenken und ihre Auffassung mitzuteilen: Bei einem Treffen mit den Mitgliedstaaten am 5. Juni 2012 in Brüssel stellte sie Grundsätze für die Regelung der geo-grafischen Elemente von Programmen vor: Die Kommission nannte die künftige Reduzierung der Zahl der Kooperations-programme (z. B. durch Zusammenfassen kleinerer Pro-gramme und durch Einbettung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in transnationale Programme) als mögli-chen Weg, um eine kritisches Potenzial zu erreichen und Ressourcen einzusparen.

Außerdem hat die Kommission für einige transnationale Pro-gramme geografische Szenarien vorgestellt, die insbesondere dem Vorhandensein zweier makroregionaler EU-Strategien und dem Beitritt Kroatiens im Juli 2013 Rechnung tragen.

Die meisten Mitgliedstaaten haben die Fortführung vorhan-dener Programme gefordert, mit der Begründung, man müsse aus der guten Zusammenarbeit und den großen Investitionen, die im Rahmen der gegenwärtigen Programmplanungsstruk-turen und -systeme vorgenommen wurden, Kapital erzielen. Aus ihrer Sicht ist eine wesentliche und radikale Änderung der Programmgeografie nicht wünschenswert.

►MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/cooperation/index_en.cfm

▶ EUROPÄISCHE REGIONEN UND STÄDTE: ETWAS BEWEGEN



Konzentration auf Herausforderungen und Veränderungen

Die diesjährigen Open Days finden zu einem kritischen Zeitpunkt der Diskussionen über die künftige Rolle und Organisation der Kohäsionspolitik statt und werden Gelegenheit bieten, die Debatte über die Zukunft Europas, seine Kohäsionspolitik und Mehrebenen-Governance in Gang zu setzen.

Die Kohäsionspolitik ist der zweitgrößte Posten im EU-Haushalt, und die Europäische Kommission schlägt vor, in den nächsten sieben Jahren 336 Milliarden EUR in die Regionen zu investieren.

Diese Politik wird indes zu einer zukunftsorientierten Investitions- und Wachstumspolitik umgestaltet. Diese Veränderung ist verbunden mit einer geänderten Betrachtungsweise der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung.

Die künftige Kohäsionspolitik wird enger auf die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum abgestimmt sein und umweltfreundliches sowie intelligentes Wachstum zur obersten Priorität in allen Regionen Europas machen. Bei den Open Days werden sich 43 Workshops und Seminare mit diesem Thema beschäftigen.

Unsere gemeinsame Herausforderung besteht darin, alle EU-Mittel und -Instrumente – einschließlich der für die

Die Europäische Woche der Regionen und Städte (Open Days) ist seit nunmehr einem Jahrzehnt die jährliche Hauptveranstaltung für regionale und lokale Behörden. Sie ist eine gute Gelegenheit für Tausende von Entscheidungsträgern und Experten auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, in Brüssel und ganz Europa zusammenzukommen, um den von ihnen geleisteten Beitrag zur Entwicklung ihrer Region und zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa im Rahmen der Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik vorzustellen. Die Open Days werden von der Europäischen Kommission (GD Regionalpolitik) und dem Ausschuss der Regionen veranstaltet und bieten die Möglichkeit, allgemein vorhandene Herausforderungen in der regionalen und lokalen Entwicklung zu erörtern und mögliche Lösungen zu diskutieren.

Entwicklung des ländlichen Raums, für Fischerei, Regional- und Sozialentwicklung – im Rahmen eines integrierten territorialen Ansatzes zu bündeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in Europa zu sichern.

Unter dem Motto „Europe’s regions and cities: Making a difference“ (europäische Regionen und Städte: etwas bewegen) sind die Workshops der Open Days 2012 um drei Themenbereiche herum aufgebaut:

- Intelligentes und umweltfreundliches Wachstum für alle;
- Territoriale Zusammenarbeit: eine Bereicherung für Europa;
- Lieferung von Ergebnissen.

Künftiges Wachstum in Europa wird in hohem Maße von der Fähigkeit der europäischen Regionen und Städte zur Innovation und zur Erarbeitung eines Wegs zu umweltfreundlichem und nachhaltigem Wachstum abhängen.

Die Open Days finden 2012 zum 10. Mal statt. Nach einem Jahrzehnt der Debatten und Diskussionen, der Präsentationen und des Austauschs vorbildlicher Praktiken wird dies eine Zeit positiver Überlegungen im Rahmen der Gesamtdiskussionen über die künftige europäische Kohäsionspolitik sein.



Ramon Luis Valcarcel Siso, Präsident des Ausschusses der Regionen und Präsident der Regionalregierung Murcia, und José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission.

Rückblick auf die Open Days: ein regionaler Blickwinkel

2003 war Katalonien eine von nur 10 ausgewählten Regionen, die an der ersten Auflage der Open Days teilnahmen. Daran erinnert Joan Prat i Coll, Leiter der EU-Delegation der Regionalregierung von Katalonien.

„Jede Region veranstaltete ein Seminar, an dem Interessenträger aller Art teilnehmen konnten. Die Regionalregierung von Katalonien veranstaltete ein Seminar, bei dem vorbildliche europäische Verfahren im Bereich der Biokraftstoffe vorgestellt wurden. Es war ein großer Erfolg. Die Teilnehmer hatten dabei Gelegenheit zur Diskussion und zum Gedankenaustausch zu diesem Thema und konnten interessante Kontakte herstellen und Beziehungen aufbauen.“

Aus den Open Days entstand die Europäischen Woche der Regionen und Städte, an der Katalonien jedes Jahr teilgenommen hat. „In diesem Zehnjahreszeitraum konnten wir miterleben, wie die Open Days zu einer jährlichen Hauptveranstaltung geworden sind, bei der europäische, nationale, regionale und lokale Behörden die Durchführung, Ergebnisse und Perspektiven der EU-Kohäsionspolitik präsentieren und diskutieren. Zu der Veranstaltung kommen über 6 000 Teilnehmer aus der gesamten EU. Über 200 europäische Regionen und Städte nehmen aktiv an den Open Days teil.“



Joan Prat i Coll, Leiter der EU-Delegation der Regionalregierung von Katalonien

In diesem Jahr ist das Akkreditierungszentrum für die Anmeldung der Teilnehmer zu den Open Days auf Vorschlag der GD Regionalpolitik im Büro Kataloniens im *Espai Catalunya Europa*, Rue de la Loi 227, mitten in Brüssels europäischem Viertel untergebracht.

„Hierdurch gelangt unsere Region in den Blickpunkt der Tausenden von Teilnehmern, die sich in unseren Räumen ihre Konferenzausweise abholen“, erklärt Joan Prat i Coll.

▶ MEHR DAZU

<http://www.opendays.europa.eu/>

▶ NEUAUSRICHTUNG DER STRUKTURFONDS ZUR BEKÄMPFUNG DER WIRTSCHAFTSKRISE

Um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, wird die Ausführung der kohäsionspolitischen Programme in den am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten an die neuen Herausforderungen angepasst.

Die EU-Kohäsionspolitik verfügt über einen flexiblen Rechtsrahmen, der die Umverteilung von Ressourcen in einem zuvor vereinbarten Programm ermöglicht und so eine Neuausrichtung der Investitionen erlaubt. Darüber hinaus ist nach einer entsprechenden Entscheidung der Europäischen Kommission die umfassende Neugestaltung eines Programms möglich.

IN ITALIEN wurde Ende 2011 eine großangelegte Maßnahme zur Festsetzung von Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben in Gang gesetzt, welche zu einer Neuzuweisung fast der Hälfte der verfügbaren Strukturmittel von 8 Mrd. EUR führte. Auf diese Weise sollte insbesondere für die südlichen Regionen Italiens (Kalabrien, Kampanien, Apulien, Sizilien, Basilikata, Sardinien, Molise, Abruzzen) strategische Unterstützung bereitgestellt werden. Zu dem, von den italienischen Behörden entwickelten Ansatz gehören zentrale Aspekte und Grundsätze der von der Kommission für den Planungszeitraum 2014-2020 vorgeschlagenen Reform der Kohäsionspolitik. Der Aktionsplan Italiens ist darauf ausgelegt, die Verwendung der Mittel zu beschleunigen und die Ressourcen verstärkt für Wachstum und soziale Eingliederung einzusetzen. Vorgesehen ist eine Umverteilung von bisher ungebundenen Strukturfondsmitteln in Höhe von 3,6 Mrd. EUR zugunsten des Bildungssektors (330 Schulen), der Digitalen Agenda (nationale Breitbandstrategie) und neuer Arbeitsplätze (Berufsausbildung, Steuer- und Sozialleistungssystem).

In einer zweiten Phase sollen die Verbesserung der Chancengleichheit für die Bürger und die Förderung der sozialen Eingliederung im Mittelpunkt der nationalen Programme stehen.

Die „Barroso-Initiative“

Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Förderung von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen hat der Europäische Rat im Januar 2012 eine weitere Umverteilung der Strukturfonds genehmigt.

Die Barroso-Initiative zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Finanzierung von KMU soll 2012 und 2013 umgesetzt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei zunächst auf den acht Mitgliedstaaten mit den höchsten Jugendarbeitslosenquoten: Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Portugal, die Slowakei und Spanien.

Es wurden „Aktionsteams“ aus Amtsträgern der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zusammengestellt, deren Aufgabe es ist, die Bereiche zu ermitteln, für die im Rahmen der Umverteilung Fördermittel eingeplant werden sollten. In diesen Ländern sind dafür etwa 7,3 Mrd. EUR an Strukturmitteln vorgesehen.

Förderung von KMU

Der Zugang zu Finanzierungsquellen stellt für kleine Unternehmen in ganz Europa ein dauerhaftes Problem dar, das durch die Wirtschaftskrise und die Kreditklemme weiter verschärft wurde. Bis Ende 2010 wurden im Rahmen der aktuellen Umverteilungsmaßnahmen geschätzte 8,1 Mrd. EUR (EFRE und nationale Beiträge) an über 300 Eigenkapital-, Garantie- und Kreditinstrumente zugewiesen, um KMU in der ganzen EU finanziell zu unterstützen. Bisher wurden mithilfe dieser Finanzinstrumente, die nun mehr als 10% der direkten Unterstützung von Unternehmen aus dem EFRE ausmachen, schätzungsweise 90 000 Arbeitsplätze in KMU geschaffen oder gesichert.

Im Rahmen der Barroso-Initiative wird der Zugangserleichterung zu Finanzierungsquellen durch den Einsatz von EU-geförderten Finanzinstrumenten für KMU in Bereichen, in denen eine hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht, eine größere Bedeutung beigemessen.

Für die KMU-Förderung in **GRIECHENLAND**, der **SLOWAKEI**, **LETTLAND** und **LITAUEN** werden mindestens 5,1 Mrd. EUR aufgebracht. Diese Gelder werden der Unterstützung von 5 000 bis 6 000 KMU dienen und zu wirtschaftlichem Wachstum und zur Sicherheit der Arbeitsplätze beitragen.

IN PORTUGAL werden etwa 4 000 KMU mit 1,13 Mrd. EUR aus dem EFRE, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und privaten Finanzierungsquellen unterstützt.



IN SPANIEN wurden für die Schaffung eines befristeten Betriebsmittelfonds zur Finanzierung innovativer KMU 157 Mio. EUR neu zugewiesen.

GRIECHENLAND wird über ein neues Liquiditätsinstrument von 500 Mio. EUR verfügen, mit dem EIB-Kredite an griechische KMU garantiert werden.

Schätzungsweise 56 000 KMU werden voraussichtlich von der Neuausrichtung der Finanzierungsprioritäten profitieren.

Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

Schätzungen zufolge sind momentan mehr als 5 Millionen junge Menschen in der EU ohne Arbeit – Tendenz steigend. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Irland bei 30%, in Griechenland bei 43% und nähert sich in Spanien der Marke von 50%. Das wirtschaftliche Wachstum allein kann dieses sektorale Problem nicht lösen. Die Initiative der Kommission konzentriert sich in erster Linie auf junge Menschen, die sich nicht in einem Beschäftigungsverhältnis, einer Ausbildung oder Schulung befinden, sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ziel ist die Ankurbelung des Arbeitsmarktes für junge Menschen durch einen erhöhten und konzentrierteren Einsatz des Europäischen Sozialfonds und des Regionalfonds (ESF und EFRE).

IN SPANIEN wurden beispielsweise 135 Mio. EUR auf die öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen umverteilt, um jungen Menschen bei der Arbeitssuche zu helfen.

IN IRLAND sind 25 Mio. EUR in das integrierte Youthreach-Programm geflossen, in dessen Rahmen Ausbildung, Schulung und Arbeitserfahrung für junge Menschen angeboten werden, die die Schule vorzeitig verlassen haben und keine Arbeitsqualifikationen oder Berufsausbildung aufweisen.

IN ITALIEN soll mit der bereits begonnenen Neuausrichtung der Ausgaben ebenfalls die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Unter anderem ist dabei die Finanzierung eines Beschäftigungsplans in Sizilien, von dem rund 50 000 junge Menschen profitieren sollen, und neuer Ausbildungsaktivitäten für 65 300 Studenten aus dem Süden des Landes vorgesehen. Zusätzlich soll mit einer bereits in Gang gesetzten großangelegten Initiative dem frühzeitigen Schulabbruch begegnet werden (dafür stehen 311 Mio. EUR zur Verfügung), und weitere 100 Mio. EUR werden in die Förderung des Jungunternehmertums gesteckt.

ECFIN-STUDIE BELEGT POSITIVE WIRKUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK

Eine Analyse der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission (GD ECFIN) belegt, dass die Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten generell positiv ausfallen.

Der GD ECFIN steht das QUEST III-Modell für makroökonomische Politikanalysen und Forschungsarbeiten zur Verfügung. Danach gibt es Hinweise, dass die Umsetzung der Kohäsionsprogramme des Planungszeitraums 2000–2006 (d. h. zwischen 2000 und 2009) zu einem Anstieg des BIP der EU-27 um 0,2% geführt hat und dass sich dieser Wert bis 2020 verdoppeln wird. Außerdem wird die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen auf die Kohäsionsprogramme zurückgeführt.

Die Ökonomen der GD ECFIN vertreten angesichts dieser positiven Auswirkungen auf den Handel die Meinung, dass die EU mit der Kohäsionspolitik insgesamt besser bedient sei als ohne.



Zu den Stationen auf der Donaureise von Kommissar Hahn gehörte auch der neue Wiener Hauptbahnhof, der für den Personen- und Güterverkehr per Schiene ein Tor zum gesamten Donaauraum werden wird.

▶ EU-STRATEGIE FÜR DEN DONAURAUM SEIT EINEM JAHR IN KRAFT

Ein Jahr nach Einführung der Strategie hat Kommissar Johannes Hahn mehrere Länder in der Region besucht, um sich vor Ort ein Bild von den Fortschritten zu machen.

Ein makroregionaler Ansatz für den Donaauraum

Die im Juni 2011 eingeführte EU-Strategie für den Donaauraum ist – nach den Maßnahmen für die Ostseeregion – die zweite große Aufgabe in der EU-Zusammenarbeit. Hierbei setzen Minister und Entscheidungsträger politische Konzepte, Programme und Projekte in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse um.

Im Donaauraum sind einige der reichsten, aber auch einige der ärmsten europäischen Regionen zu finden. Daher ist es in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise für die Länder des Donaauraums umso wichtiger zusammenzuarbeiten, um das

Potenzial des Donaauraums bestmöglich auszuschöpfen und Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Die EU-Strategie für den Donaauraum hilft, dies zu erreichen. Ein Aktionsplan für die Region umfasst konkrete Maßnahmen und Projekte wie etwa die Verbesserung der Verbindungen untereinander (einschließlich der Donauschifffahrt), die Innovationsförderung durch Austausch bewährter Praktiken, das Networking und gemeinsame Initiativen sowie die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Vernetzung von Unternehmen.

Erste Ergebnisse

Auf seiner Reise von Wien nach Sofia vom 27. Juni bis 1. Juli besuchte Kommissar Hahn sieben Teilnehmerstaaten. Die Reise durch Österreich, die Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien hatte zum Zweck, sich ein Bild von den Fortschritten zu machen, die Probleme vor Ort besser zu verstehen und herauszufinden, was verbessert werden kann.

Bei Treffen mit politischen Vertretern und anderen Interessenträgern wurde deutlich, dass die Strategie bereits für eine neue Dynamik sorgt und einige wichtige Ergebnisse zeitigt. Das bewiesen einige der in dieser Ausgabe dargestellten besichtigten Projekte sowie:

- das Flussbewirtschaftungsprojekt bei Wien, bei dem mit Hilfe von Computermodellen und einer schlanken, umweltfreundlichen Infrastruktur die Navigation verbessert und gleichzeitig neue Wege des Umweltschutzes beschränkt werden;
- hochmoderne Projekte in den Bereichen Abwasser und erneuerbare Energien (Biogas) in Ungarn;
- die Konferenz mit rumänischen und bulgarischen Interessenträgern zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Sachen Innovation;
- die koordinierte Katastrophenmanagementinitiative unter Beteiligung von Bulgarien, Rumänien, Serbien und Österreich, die zeigte, wie sich Ausrüstungen und Konzepte wirkungsvoll gemeinsam nutzen lassen.

Kohäsionspolitik und makroregionale Strategien

Der makroregionale Ansatz, bei dem Mitgliedstaaten (und Nichtmitgliedstaaten), die durch geografische Gegebenheiten verbunden sind, zusammengebracht werden, bietet Gelegenheit, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Wirkung der Kohäsionspolitik und anderer politischer Konzepte der EU zu optimieren. Die engere Zusammenarbeit bei der strategischen Planung und dem Einsatz von EU-Mitteln wird im Zusammenhang mit dem Austausch bewährter Praktiken, dem Networking und gemeinsamen Initiativen in verschiedenen Bereichen (z. B. Wachstum und Beschäftigung, Verringerung des Abwanderns hochqualifizierter Arbeitskräfte, partnerschaftliche und nachhaltige Entwicklung sowie Verbesserung der administrativen Leistungsfähigkeit) einen wichtigen Beitrag zum Erfolg von Europa 2020 leisten.

Von daher schlägt die Kommission für den Zeitraum 2014–2020 die Verankerung mikroregionaler Strategien im gesamten Programmplanungsprozess vor (Gemeinsamer Strategischer Rahmen, Partnerschaftsvereinbarungen und gegebenenfalls die operationellen Programme).

Nächste Schritte

Im November 2012 veranstaltet die Kommission gemeinsam mit den bayrischen Behörden das erste Jahresforum zur Strategie. Dies wird wieder eine gute Gelegenheit sein, eine Bestandsaufnahme der geleisteten Arbeit vorzunehmen, den Mehrwert der Strategie zu demonstrieren, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und die Planung für die Zukunft zu verbessern. Wir freuen uns auf Vorschläge und Ideen aller interessierten Interessenträger.



Die Vidin-Calafat-Brücke zwischen Bulgarien und Rumänien, die bis Ende 2012 fertiggestellt werden soll, ist Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes, das die Verbindung zwischen Nordwestbulgarien, Südwestrumänien und Ostungarn verbessern wird.



Kommissar Hahn besichtigte die Projekte Gründerzentrum und Wissenschaftspark in Osijek (Kroatien) – siehe Abbildung – und in Novi Sad (Serbien), durch die Verbindungen zwischen Forschung, Innovation und Wirtschaft hergestellt werden.



Der integrierte Schengen-Flussgrenzübergang zwischen Ungarn und Kroatien im Hafen von Mohács war ein weiteres von Kommissar Hahn besichtigtes Projekt, bei dem alle Dienste auf die neueste Technologie für den Informationsaustausch unter einem Dach zugreifen können. Das fördert die Mobilität und den Handelsverkehr und sorgt gleichzeitig für mehr Sicherheit.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/index_de.cfm
<http://danube-region.eu/>
<http://balticsea-region-strategy.eu/>



Gesamtkosten:
465 140 000 EUR
EU-Mittel:
119 726 000 EUR

►DOLNOSLAKIE, POLEN

►AUSBAU VON GASSPEICHERSTÄTTE ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER ENERGIESICHERHEIT

Nach einem drei Jahre dauernden Erweiterungsprojekt hat in Südwestpolen eine gewaltige neue unterirdische Gasspeicheranlage den Betrieb aufgenommen. Mit einem Arbeitsvolumen von der Größe von 480000 olympischen Schwimmbecken wird die Anlage in Wierzchowice zur Energiesicherheit auf nationaler und auf EU-Ebene beitragen.

Wierzchowice liegt rund 40 km östlich der Stadt Wrocław in Niederschlesien, das bekannt für seine großen und ergiebigen Erdgasfelder ist. Die Anlage produzierte bis 1995, als der Gasvorrat zu Ende ging, über 20 Jahre lang Gas. Heute wird sie nach Änderungen am Speicher und an der Infrastruktur zur Speicherung von Hochmethangas genutzt.

Im Rahmen eines von der EU teilfinanzierten Projekts begannen im März 2009 die Arbeiten zur Umwandlung des Erdgas-speichers in eine Gasspeicheranlage. Modernste Technik mit maximaler Energieeffizienz (z. B. neue oder verbesserte Gasverdichter, Schächte und Pipelines) ermöglicht die Ein- und Auspeisung von Gas je nach Bedarf. Die Bau- und Konstruktionsarbeiten entsprachen strengen Umweltrichtlinien und wurden von der Polish Oil and Gas Company (PGNiG), dem größten Öl- und Gasunternehmen des Landes, überwacht.

Verdopplung der Kapazität

Die Gasspeicherkapazität wurde von 575 Millionen auf 1,2 Milliarden Kubikmeter erhöht und damit mehr als verdoppelt. Dies ermöglicht eine maximale Auspeisung von rund 4,8 Millionen m³ am Tag. Es gibt Pläne, die Speicherkapazität in den nächsten Jahren weiter zu erhöhen.

„Die Investition in Wierzchowice ist von ganz großer Bedeutung. Dadurch kann Polen seine Gasreserven auf einem ausreichenden Niveau halten“, erklärt Robert Kałuża vom polnischen Ministerium für Regionalentwicklung. „Das ist sehr wichtig, um saisonale Schwankungen im Verbrauch zu bewältigen oder wenn die Gasversorgung kurzzeitig reduziert oder unterbrochen ist. Außerdem ist die Infrastruktur im Rahmen der EU-Strategie zur Energiesicherheit und der Entwicklung eines gemeinsamen Gasmarkts wichtig.“

Im Rahmen der EU-Pläne hat sich Polen das Ziel gesetzt, die Kapazität seiner unterirdischen Erdgasspeicheranlagen um fast 60% zu erhöhen. Derzeit gibt es drei Gasspeicherstätten, die EU-Fördermittel erhalten können: Wierzchowice, Strachocina und Kosakowo. Die größte davon ist Wierzchowice.

►MEHR DAZU
<http://www.osm.pgnig.pl/>

▶ BRNO, TSCHECHISCHE REPUBLIK

▶ ENTWICKLUNG NEUER MATERIALIEN MIT DER NANOTECHNOLOGIE

Die Nanotechnologie arbeitet, für das bloße Auge unsichtbar, auf der Ebene der Atome und Moleküle. Aber durch die sich dadurch ergebende Möglichkeit, Materialien zu verändern oder neue Materialien zu entwickeln, die in so unterschiedlichen Sektoren wie dem Gesundheitsbereich oder der Industrie eingesetzt werden, kann die Nanotechnologie eine große Wirkung haben. Ein neues regionales Forschungs- und Entwicklungszentrum in Brno treibt diese Technologie voran, entwickelt neue Anwendungen und bildet die zukünftigen Fachleute auf diesem Gebiet aus.

Mit der Nanotechnologie lassen sich Materialien mit einzigartigen Eigenschaften entwickeln. Diese Materialien können umweltschädliche und unwirtschaftliche Materialien in heutigen Produktionsverfahren ersetzen. Deshalb wird der Nanotechnologieforschung in der Tschechischen Republik und der gesamten EU eine immer größere Priorität eingeräumt.

Das regionale Forschungs- und Entwicklungszentrum für kostengünstige Plasma- und Nanotechnologie-Oberflächenbehandlung befindet sich in Brno, der zweitgrößten Stadt des Landes. Im Rahmen des vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung teilfinanzierten Projekts soll ein Zentrum geschaffen werden, das der zunehmenden Nachfrage innovativer Industrieunternehmen nach Produktionsprozessen, die die Entwicklung und den Einsatz modernster Nanotechnologie erfordern, Rechnung trägt. Der Einsatz dieser Technologie soll dabei aber mit möglichst geringen Investitions- und Betriebskosten und nur geringfügigen Eingriffen in die derzeitigen Fertigungsverfahren verbunden sein.

Neue Oberflächeneigenschaften

„Beim Institut für physikalische Elektronik der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Masaryk können wir auf eine über 50-jährige Erfahrung und Forschungstätigkeit zurückgreifen“, erklärt Jan Čech, der dem Projektdurchführungsteam angehört. Er stellt fest, dass durch die derzeit entwickelten Plasmatechnologien die Materialoberflächen angepasst und verändert werden können. Beispiele hierfür sind stärker verklebte Fugen, bessere Tinten oder Farbdrucke

oder dünne Beschichtungen, die ein Material abriebfester oder biokompatibel machen oder ihm antibakterielle Eigenschaften verleihen. „Dies wird mit kaltem elektrischem Plasma bewerkstelligt, das unter atmosphärischem Druck erzeugt wird“, sagt er und fügt hinzu, dass Plasma oft als der „vierte Aggregatzustand“ bezeichnet wird, weil es weder ein Festkörper noch eine Flüssigkeit oder ein Gas ist.

Die in Brno entwickelten Technologien können in traditionellen tschechischen Industrien wie der Textil-, Glas- oder Automobilindustrie und weltweit in der Elektronikindustrie angewendet werden. Das Zentrum in Brno bietet auch Ausbildungsmöglichkeiten für junge qualifizierte Fachkräfte, die eine Karriere im Bereich der Nano- und Plasmatechnologie anstreben.



Gesamtkosten:
10 706 000 EUR
EU-Mittel:
7 581 000 EUR

▶ MEHR DAZU

<http://www.nanocontact.cz/en/home>

►PROGRAMM FÜR DIE NÖRDLICHEN RANDGEBIETE (NPP)*

►FÖRDERUNG LÄNDLICHER BIOENERGIEMÄRKTE

Ländliche Gebiete am nördlichen Rand Europas bieten eine Vielzahl bodenständiger erneuerbarer Energiequellen – besonders Holz und marine Biomasse. Durch ein transnationales Projekt, das vier Länder umspannt, sollen gut funktionierende lokale Brennstoffmärkte entstehen, die auf diese erneuerbaren Quellen zurückgreifen.

Biomasse ist für die EU in ihrem Bestreben, bis 2020 20% ihrer Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, von zunehmendem Interesse. Das RASLRES-Projekt (Regional Approaches to Stimulating Local Renewable Energy Solutions) soll den Einsatz und die Nutzung vor Ort erzeugter Bioenergieträger in ländlichen Gebieten am nördlichen Rand Europas fördern. Dies verspricht den dortigen Gemeinden große wirtschaftliche, soziale und ökologische Vorteile.

An dem Projekt sind Partner aus Irland, Nordirland, Schottland und Schweden beteiligt. Gemeinsam haben sie nach Wegen gesucht, Märkte für erneuerbare Energien aus vor vorhandenem Holz, mariner Biomasse (Seetang) und Schilfgras – einer Energiepflanze, die in Nordeuropa gut wächst – aufzubauen. „Wir möchten mit lokal gewonnener Energie Arbeitsplätze vor Ort schaffen“, erklärt Ian Brannigan, stellvertretender Direktor der Western Development Commission (Irland), dem federführenden Partner in dem Projekt.

Online-Bioenergietool

Das Besondere an diesem strategischen Projekt ist die Fokussierung auf komplette Versorgungsketten. Dies bedeutet, dass alle – von den Versorgern bis zu den Verbrauchern – darauf vertrauen können, dass diese Biobrennstoffe in ausreichender Qualität und Menge hergestellt werden, um autarke Märkte für erneuerbare Energien zu ermöglichen.

Das neue Online-Bioenergietool des Projekts, das vom irischen Umweltministerium eingeführt wurde, trägt sehr zur Schaffung dieses Vertrauens bei. Es wendet sich an Energieversorger und Verbraucher in allen vier Partnerländern und



Gesamtkosten:
2881 500 EUR
EU-Mittel:
1 728 900 EUR

bietet lokale, regionale und nationale Informationen zu Brennholz, mariner Biomasse und Schilfgras.

„Das Bioenergietool unterstützt den Entscheidungsprozess und fördert die Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien“, erklärt der Leiter des NPP-Sekretariats, Nicolas Forsling. Das Tool ist mit einem Bioenergierechner ausgestattet, der den Nutzern die ungefähren finanziellen und Emissionseinsparungen anzeigt, die sie erzielen können, wenn sie bei der Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf Biobrennstoffe umstellen.

►MEHR DAZU
<http://www.raslres.eu/bioenergy-tool/>

* NPP (Northern Periphery Programme): Irland, Vereinigtes Königreich und Schweden

► UMBRIEN, ITALIEN

► SYSTEM FÜR LIEGEWARE FINDET WELTWEITE BEACHTUNG

Der Transport und die Verteilung von Kleidungsstücken in großem Umfang können zeitaufwändig sein. Eine Firma in Umbrien bietet Lösungen hierfür an: Sie stellt jährlich ca. 700 automatische Systeme her. Ihre neueste Entwicklung, ein Verteiler für LiegeWARE, setzt neue Maßstäbe in Sachen Innovation.

Die in Perugia ansässige Firma Metalprogetti Spa ist auf Verwaltung und Verteilung von hängenden Kleidungsstücken spezialisiert. Ihre Systeme werden weltweit verkauft und in unterschiedlichsten Bereichen, von der chemischen Reinigung bis hin zur Industriewäscherei, eingesetzt.

Die Verwaltung und Handhabung von Kleidungsstücken kann Unternehmen und Fabriken vor zahlreiche Probleme stellen, besonders wenn jeder Artikel einzeln gelagert und sortiert werden muss. Metalprogetti möchte diese Prozesse vereinfachen und setzt dabei hauptsächlich auf Automatisierung. Jedes System ist modular und individuell auf den jeweiligen Kunden abgestimmt.

Forschung und Entwicklung sind wichtig für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, das ein firmeneigenes Labor mit neun Vollzeitbeschäftigten unterhält und mit dem Fachbereich Maschinenbau der Universität Perugia zusammenarbeitet. Metalprogetti besitzt aufgrund der einzigartigen Technologie in seinen Produkten über 40 abschließliche Patente.

Automatisches Zusammenlegen von Kleidungsstücken

Das Forschungsprojekt „Study and research for the creation of an innovative distributor of folded garments“ (Studie und Forschung zur Entwicklung eines innovativen Verteilers von LiegeWARE) erhielt von der Region Umbrien Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Dieses Projekt führte zur Entwicklung eines Spezialsystems für die Verteilung von LiegeWARE, das für den Einsatz in Krankenhäusern, Analyseinstituten, Pflegeheimen, Heilbädern, Fabriken usw. konzipiert ist. In all diesen Einrichtungen müssen die Mitarbeiter uniformierte Kleidung bzw. persönliche Schutzkleidung tragen.



Gesamtkosten:
242 700 EUR
EU-Mittel:
84 900 EUR

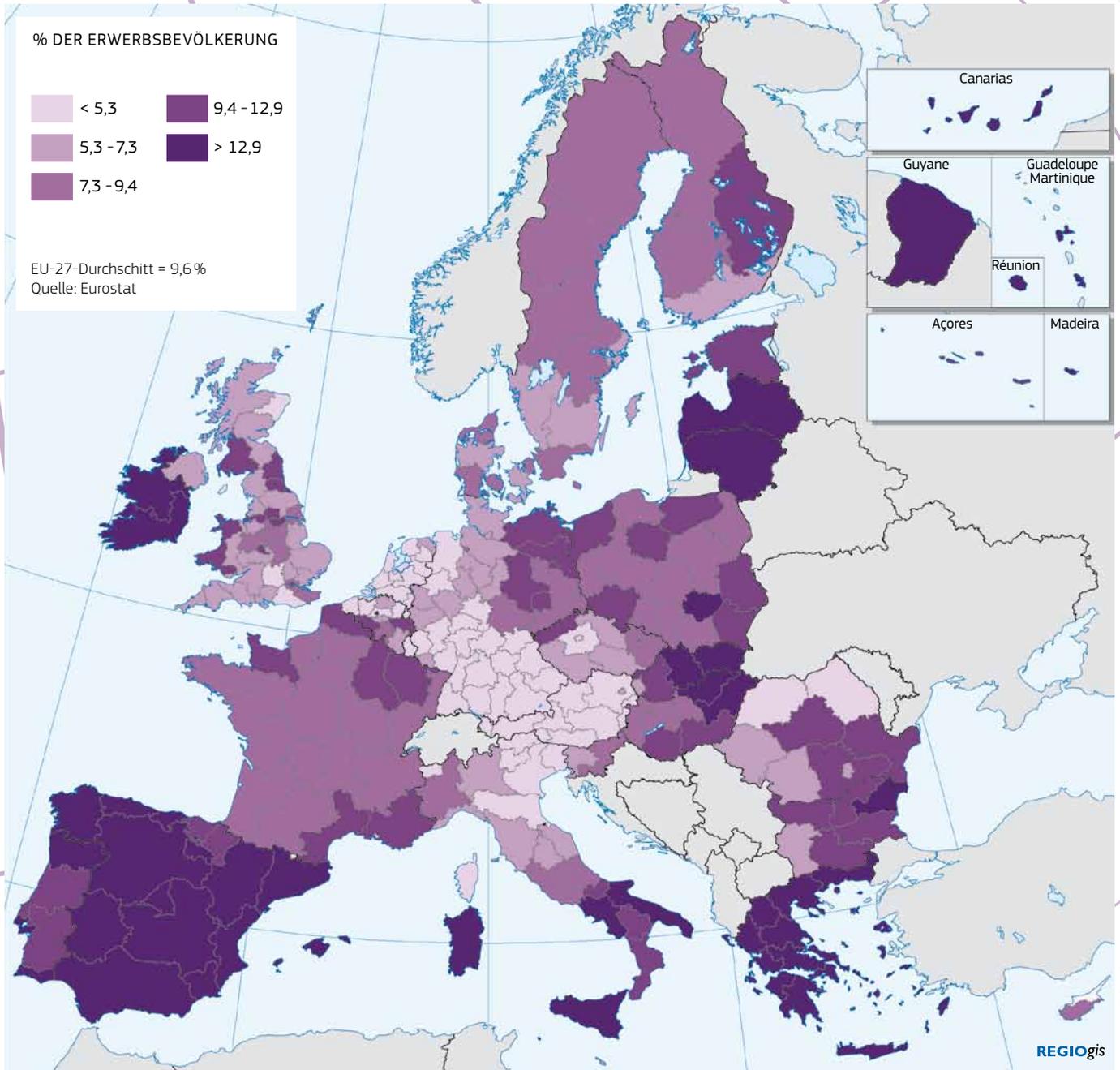
„Dieser neue Verteiler für LiegeWARE zum Verteilen und Zurückgeben von uniformierter Kleidung wird jetzt weltweit verkauft“, erklärt Dr. Willebrord Sluijters von der GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission, der vor Kurzem das Werk besichtigte. „Er verkürzt die Handhabungszeiten auf ein Minimum. Aufwändiges Überprüfen und Sortieren und arbeitsintensive Verfahren zur Auftragszusammenstellung entfallen.“

Das neue System ermöglicht ein schnelles Aufnehmen und Zurückgeben von Kleidungsstücken oder anderen Artikeln. Außerdem gestattet es eine hundertprozentig zuverlässige Rückverfolgbarkeit der Abläufe, denn mit diesem System lässt sich die Anzahl der Artikel, die die einzelnen Nutzer aufnehmen, kontrollieren. Außerdem kann der Verteiler auch LiegeWARE und/oder Gegenstände handhaben, die nicht verpackt sind. Daher bedarf es keiner speziellen Verpackungsanlage, und die Verwaltung der Abgabe von Artikeln, die aufgrund ihrer Größe oder Formgebung nicht verpackt werden können, ist ebenfalls möglich.

► MEHR DAZU

<http://www.metalprogetti.it>

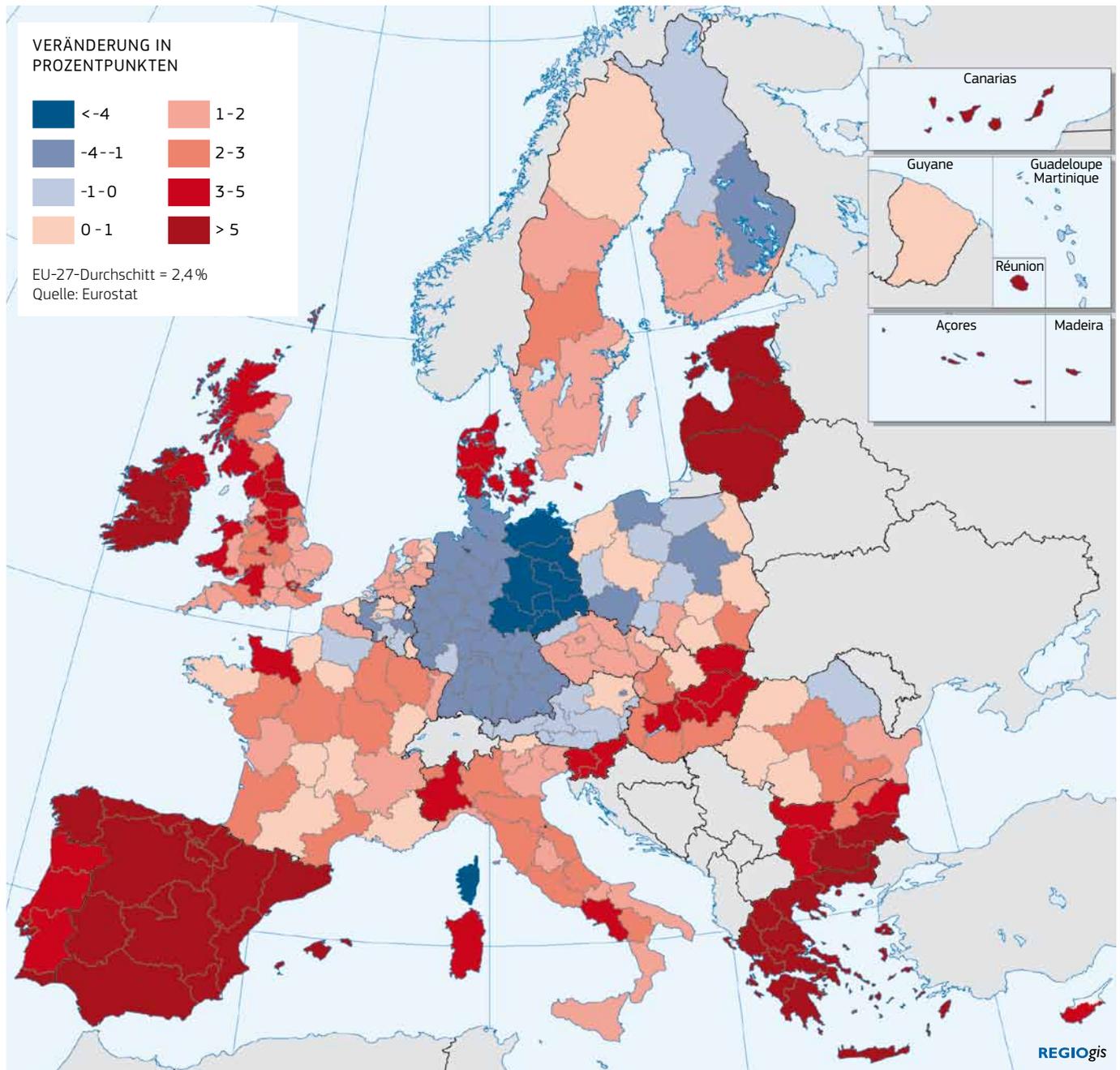
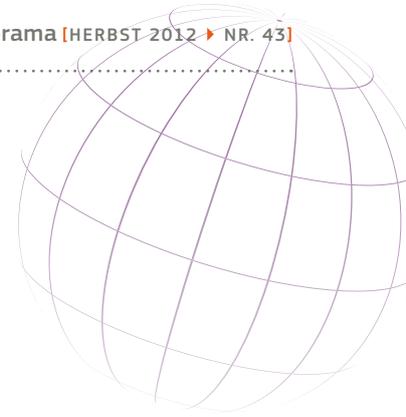
▶ ARBEITSLÖSENQUOTE 2011



Zwischen den Regionen der EU-27 gibt es starke regionale Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit. In jeder dritten Region liegt die Arbeitslosenquote bei über 10%. Die höchsten Quoten sind in spanischen und griechischen Regionen und in französischen *Übersee-Departements* zu verzeichnen. Die meisten der 41 Regionen mit Arbeitslosenquoten von über

15% (2010 waren es nur 26 Regionen) befinden sich in diesen drei Mitgliedstaaten. Dagegen verzeichnen 46 Regionen, die hauptsächlich in Österreich, Deutschland, Belgien und den Niederlanden liegen, Arbeitslosenquoten von unter 5% (2010 waren es nur 34 Regionen).

▶ÄNDERUNGEN BEI DER ARBEITSLIQUOTE 2007-2011



Zwischen 2007 und 2011 hat die Arbeitslosenquote in drei von vier Regionen zugenommen. Die Wirtschaftskrise in Europa hat Regionen in Spanien, Griechenland, Irland und den baltischen Staaten schwer getroffen. Einige Regionen verzeichneten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um mehr

als 5 Prozentpunkte. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit in deutschen Regionen, besonders in den östlichen *Bundesländern* (teilweise durch Mobilität der Arbeitskräfte bedingt), sowie in Österreich, Belgien, Polen und Finnland zurückgegangen.

▶ KONZEPT DER LOKALEN ENTWICKLUNG FÜR BESSEREN TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT

ERKENNTNISSE AUS EINER AKTUELLEN EVALUIERUNG

Konzepte der lokalen Entwicklung und lokale Partnerschaften sind Schlüsselemente der künftigen Kohäsionspolitik. Im nächsten Programmzeitraum können lokale Akteure von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen für die lokale Entwicklung, integrierte territoriale Investitionen und innovative städtische Maßnahmen zur Unterstützung eines integrierten Konzepts zur territorialen Entwicklung einsetzen.

In einer von IRS (Istituto per la Ricerca Sociale) und IGOP (Institut de Govern i Politiques Publiques) kürzlich durchgeführten Evaluierung – „Contribution of local development in delivering interventions co-financed by the European Regional Development Fund (ERDF) in the past two programming periods 2000-2006 and 2007-2013“ – wurden die Erfahrungen in fünf Regionen (siehe Kasten 1) untersucht, um den Zusatzwert der lokalen Entwicklung für die wirksame Umsetzung der Kohäsionspolitik zu belegen. Dabei wurden Möglichkeiten und Grenzen des Konzepts aufgezeigt und nützliche Empfehlungen für die Zukunft gegeben.

Die Evaluierung setzt sich mit der Literatur zur lokalen Entwicklung auseinander und behandelt die gängigsten Konzepte der lokalen Entwicklung, die Stärken und Schwächen der einzelnen Konzepte und die für eine wirksame Umsetzung erforderliche institutionelle Leistungsfähigkeit. Anhand der 38 operationellen Programme, bei denen am meisten EFRE-Mittel für die Territorialpolitik bereitgestellt wurden, wurde untersucht, wie das Konzept der lokalen Entwicklung in verschiedenen Gebieten funktioniert. Außerdem lieferte die Evaluierung die Basis für die Auswahl der fünf berücksichtigten Fallstudien. In jeder regionalen Fallstudie wird die Verflechtung zwischen den Hauptakteuren analysiert und die Governance-Struktur erfasst, die einen wichtigen Aspekt des Konzepts der lokalen Entwicklung darstellt.

Diese Gebiete zeigten eine Reihe gemeinsamer Merkmale im Hinblick auf das Konzept der lokalen Entwicklung:

- Fokussierung auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung benachteiligter Gebiete;
- Bezug auf ein bestimmtes Gebiet;
- Integration verschiedener sektorbezogener Politiken;



Cadiz

HIER DIE FÜNF IN DER STUDIE BEHANDELTEN NUTS-2*-REGIONEN UND DIE MINI-FALLSTUDIEN ZUR ERMITTLUNG VON BEISPIELEN FÜR BEWÄHRTE PRAKTIKEN:

- Projekt URBANA CADIZ, Andalusien (ES)
- Stadtteilmütter (Neighbourhood Mothers), Berlin (DE)
- Integriertes Stadtentwicklungsprogramm (Integrated Urban Development Programme), Severozápad (CZ)
- PIT 1 Tavoliere, Puglia (IT)
- WCVA Community Capacity Building, Westwales and The Valleys (UK)

* NUTS = Nomenclature of territorial units for statistics (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik)



Berlin

- Mobilisierung einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure auch auf lokaler Ebene.

Die Studie ergab, dass das Konzept der lokalen Entwicklung bei der Durchführung von Maßnahmen, die vom EFRE kofinanziert werden:

- zur Stärkung der *Rolle von lokalen Behörden und Kommunen* beiträgt: die häufigste institutionelle Struktur des Konzepts der lokalen Entwicklung ist die Einbeziehung von Kommunen in die Planung und Umsetzung der europäischen Kohäsionspolitik;
- Zeit erfordert. Die *Kontinuität* der Programme aus der territorialen, thematischen und Governance-Perspektive ist von größter Bedeutung;
- Außerdem zeigte die Studie, dass das „reine“ Konzept der lokalen Entwicklung besser funktioniert, wenn *Kapazitätsaufbau* eines seiner Ziele und eine seiner hauptsächlichen Arten von Maßnahmen ist. Akteure an der Basis (d. h. kleine Nichtregierungsorganisationen, sozialwirtschaftliche Unternehmen, Kleinunternehmen) und Projektmitarbeiter müssen Hilfe und Unterstützung für den Aufbau der Kapazitäten erhalten, die zur Förderung der Gemeindeentwicklung erforderlich sind.

In der Evaluierung wurde darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen über von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen für die lokale Entwicklung (Artikel 28-31 der Allgemeinen Verordnung) nur einen möglichen Weg zur Umsetzung des Konzepts der lokalen Entwicklung darstellen, und es wurde empfohlen, die Vorteile einer Betonung der territorialen Fokussierung, der Integration politischer Konzepte und der Beteiligung von Interessenträgern zu nutzen. Unter anderen Gegebenheiten sind andere Alternativen möglich.

„Das Konzept der lokalen Entwicklung erscheint in allen möglichen Formen und Gestalten. Es im Sinne eines Einheitsdenkens auf ein einziges Modell zu reduzieren ist schlichtweg unmöglich.“

Die Studie stellt drei Hauptmodelle des Konzepts der lokalen Entwicklung heraus:

- **Reines Konzept der lokalen Entwicklung:** enger territorialer Fokus, integriertes thematisches Konzept und integrative Partnerschaft;
- **Korrektiv in sektorbezogenen Politiken:** breiter oder enger territorialer Fokus, ein einziger thematischer Fokus, Partnerschaft gleichzeitig als Instrument und als Ziel;
- **Konzept der lokalen Entwicklung in der Regionalpolitik:** breiterer regionaler Fokus, integriertes Konzept, strategische Partnerschaft.

Die Studie kam zu dem Schluss, dass neue Evaluierungskonzepte und -instrumente erforderlich sind, um die Zwischenziele des Konzepts (Integrations- und Partnerschaftsaspekt) und allgemein den Gesamtbeitrag des Konzepts der lokalen Entwicklung zu erfassen.

►MEHR DAZU

Den vollständigen Bericht können Sie hier herunterladen:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/eval2007/local_dev_final.pdf

▶ SCHWUNG FÜR REGIOSTARS-GEWINNER ECO WORLD STYRIA HÄLT AN



ECO World Styria, der „Cleantech“-Cluster in Österreich, der die RegioStars-Auszeichnung 2012 in der Kategorie „intelligentes Wachstum“ erhalten hat, eilt von Erfolg zu Erfolg.

Die europäische Auszeichnung hat dem innovativen Cluster von Green-Tech-Unternehmen und -Einrichtungen, der heute eine treibende Kraft in der Wirtschaft des österreichischen Bundeslands Steiermark ist, weiteren Auftrieb gegeben.

Die Auszeichnung habe bereits dazu beigetragen, das internationale Profil des österreichischen Cleantech-Clusters zu schärfen, erklärt der Geschäftsführer von ECO World Styria, Bernhard Puttinger. „In der regionalen, nationalen und internationalen Presse sind eine Vielzahl von Artikeln über unser Green Tech Valley erschienen. Das Presseecho war sehr positiv und weist uns ganz klar als Beispiel für vorbildliche Praktiken in diesem Bereich aus.“

Internationaler Cleantech-Magnet

Tatsächlich entwickelt sich der steiermärkische Cleantech-Cluster zu einem Magneten für internationale Energie- und Umwelttechnikspezialisten.

„Fast jede Woche besuchen Delegationen das Green Tech Valley, um sich den Betrieb von ECO World Styria und die dort arbeitenden Firmen anzuschauen“, sagt Puttinger.

„Dieses Jahr haben uns 250 Experten auf diesem Gebiet aus Brasilien, Russland, den Vereinigten Staaten, China, Frankreich und Südosteuropa besucht. Im September wird eine Investmentgruppe aus Frankreich eine Delegation schicken, die sich unseren Bestand an schnell wachsenden Unternehmen anschauen wird.“

Puttinger meint, mit der RegioStars-Auszeichnung werde der Innovationsgeist der 180 Unternehmen und Forschungseinrichtungen des österreichischen Cleantech-Clusters, die auf dem Gebiet der Energie- und Umwelttechnologie tätig sind, honoriert. „Sie ist eine weitere Bestätigung, dass die Steiermark heute international zu den Spitzenregionen für die Fortentwicklung hochmoderner grüner Technologien gehört“, betont er.

Exportleistungen

Bei der Verleihung des Preises für „intelligentes Wachstum“ an den Cleantech-Cluster aus der Steiermark stellte die RegioStars-Jury fest. „Das Projekt ECO WORLD STYRIA ist in der Innovation neuer Dienstleistungen in jeder Hinsicht exzellent. Es hat das Cluster-Konzept hinsichtlich Qualität und Internationalisierung auf ein ganz neues Niveau gehoben. Seine herausragenden Leistungen in der Unterstützung von Unternehmensneugründungen, der Schaffung von 5 000 neuen Arbeitsplätzen und beim Erreichen beeindruckender Wachstumsraten sind eine wichtige Quelle der Inspiration für andere Regionen in Europa.“

„Ausschlaggebend für die Vergabe der europäischen Auszeichnung an uns sind, glaube ich, die Dynamik, mit der ECO World Styria sich entwickelt, und die neuen Impulse, die wir der Region durch die Entwicklung grüner Technologien geben“, fügt Puttinger hinzu. Auf den Cluster entfallen derzeit über 8% des Bruttoregionalprodukts der Steiermark.

Die RegioStars-Jury lobte vor allem die innovativen Dienstleistungen, die ECO World Styria seinen Unternehmen bietet, wie etwa Marktinformationen und Geschäftskontakte, die das Exportwachstum fördern. Die vom Cluster und dem Cleantech Innovators Club initiierten „Technology Round Tables“ haben innovative Wirtschafts- und Forschungsprojekte angestoßen.

Brennpunkt der Umwelttechnik

ECO World Styria wurde 2005 speziell für den Bereich Umwelt- und Energietechnik gegründet und diente darüber hinaus dem Zweck, ein „Green Tech Valley“ von Weltrang in der Steiermark aufzubauen. Es spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Wirtschaftspolitik in diesem österreichischen Bundesland und ist ein Grundpfeiler der neuen Wirtschaftsstrategie Steiermark 2020.

2011 waren in den Unternehmen des Clusters, deren Gesamtumsatz sich bei einer Exportquote von rund 90% auf 7,7 Milliarden EUR belief, rund 32 000 Mitarbeiter beschäftigt.

▶ MEHR DAZU
<http://www.eco.at>



▶ FINALISTEN BEKANNTGEGEBEN



Für die nächste Auflage der RegioStars Awards wurden in den fünf Kategorien 27 Projekte ausgewählt. Die Gewinner werden bei der Preisverleihung am 7. Februar 2013 in Brüssel bekanntgegeben. Unter den Finalisten sind auch einige Projekte der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ).

INTELLIGENTES WACHSTUM

- „Technopol Programme“, Niederösterreich (AT)
- „CoOPTICS – Innovation to markets“, Thüringen (DE)
- „University-Business Knowledge Transfer“, Castilla y León (ES)
- „UPTEC – Parque de Ciência e Tecnologia da Universidade do Porto“, Nordportugal (PT)
- „SLIM III“, Nord-Mittelschweden (SE)
- „Innovation In Crops (InCrops)“, Ostengland (UK)

NACHHALTIGES WACHSTUM

- „Green Business Growth in SMEs“, Süddänemark (DK)
- „ENWORKS Resource Efficiency Support“, Nordwestengland (UK)
- „Hydrogen region Flanders-South Netherlands“ (ETZ)
- „MED-Laine“, Sardinien, Toskana und Oberkorsika (ETZ)
- „Cradle to Cradle Islands“, Nordseeregion (ETZ)

INTEGRATIVES WACHSTUM

- „The Living Lab on Wellbeing Services and Technology“, Westfinnland (FI)
- „Individual Employment Paths“, Warmińsko-Mazurskie (PL)
- „Strides Alliance Partnership“, Wales (UK)
- „PASE – Public Policies and Social enterprises“, Region Marche (federführend) (ETZ)
- „SUCCESS“, Kent (federführend) (ETZ)

CITYSTAR

- „WienWin“, Wien (AT)
- „Park Spoor Noord“, Antwerpen (BE)
- „Neighbourhood Management Berlin“ (DE)
- „Revitalisation of Mill Islands“, Bydgoszcz (PL)
- „MalmöLund – Metropolitan region“, Malmö (SE)

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

- www.efro.be – Westflandern (BE)
- www.eu-fonds.brandenburg.de – Brandenburg (DE)
- www.agenciasopa.es – Andalusien (ES)
- www.esparama.lt – Litauen (LT)
- COSAFE, Västerbotten (SE)
- www.interact-eu.net – Bratislava (federführend) (ETZ)

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_en.cfm

TERMINE

15.-16. NOVEMBER 2012

_Metz (FR)

Rurban Conference

27.-28. NOVEMBER 2012

_Regensburg (DE)

1. Jahresforum der
EU-Strategie für den
Donauraum

3.-4. DEZEMBER 2012

_Paris (FR)

Gemeinsame Tagung
der INFORM- und
INIO-Netzwerke

7. FEBRUAR 2013

_Brüssel (BE)

Preisverleihung
RegioStars 2013

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Was hat die Kohäsionspolitik in Ihrer Region geleistet? Wir möchten Ihre Geschichten hören, die die Ergebnisse und greifbaren Vorteile für die Bürger deutlich machen.

Sie können uns auch von Ihren Vorbereitungen auf den nächsten Programmzeitraum berichten.

Ausgewählte Beiträge erscheinen in der nächsten Ausgabe des *Panorama*-Magazins.

Bitte schicken Sie Ihre Einsendungen an:

regio-panorama@ec.europa.eu

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2012

Die Vervielfältigung ist bei Erwähnung der Quelle gestattet.



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik, Referat
Kommunikation, Information, Beziehungen zu den Drittländern,
Raphaël Goulet

Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brussels

E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu

Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm